

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Postvertriebsstück 12538, Entgelt bezahlt

Winter 2015
Nr. 190, 44. Jahrgang
Nürnberg
3,- €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!



Industrie 4.0 – Der Kapitalismus vor dem Aus?

Schon seit einigen Jahren läuft unter dem Stichwort „Industrie 4.0“ in der BRD eine Diskussion über die Umsetzung einer umfassend digitalisierten Produktion und um die damit verbundenen gesellschaftlichen Auswirkungen. Diese Diskussion wird inzwischen in der Öffentlichkeit zunehmend wahrgenommen.

Auf die Industriebetriebe kommt in den nächsten Jahren eine Automatisierung- und Rationalisierungswelle von bisher noch nicht gekanntem Ausmaß zu. Sie wird in den Industriebetrieben und darüber hinaus, so ziemlich alle Bereiche und auch wahrscheinlich alle beruflichen Qualifikationen betreffen. Den ungelerten Arbeiter, den Facharbeiter, die Verwaltungsangestellten und selbst

den Techniker, Ingenieur und Wissenschaftler.

Nun kann man einwenden, dass große Rationalisierungswellen, nichts Neues sind. Es gab sie auch schon zu früheren Zeiten. Die permanente Weiterentwicklung der Produktiv-

kräfte gehört zum Kapitalismus wie das „Amen“ zur Kirche. Die Unternehmer haben die Entwicklung der Produktivkräfte schon immer vorangetrieben um einen Vorteil gegenüber

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Industrie 4.0	S. 1
Unsere Jahreskonferenz	S. 8
Zur Lage der Gruppe	S. 9
Türkei – Massaker und Staatsterror	S. 11
Türkei – Aufstand der Automobilarbeiter	S. 13
Jeremy Corbyn zum neuen Parteichef der Labour Party gewählt	S. 15
Pegida, AfD – Sie hetzen weiter	S. 17
70 Jahre atomare Bedrohung, Teil II	S. 19
Zwischen Willkommenskultur und Hassparolen	S. 29

In eigener Sache

Nach 14 Jahren Krieg in Afghanistan ist die von den USA geführte Allianz genauso wie einst die Sowjetunion gescheitert. Auch die deutsche Bundeswehr hat den Menschen Tod und Verderben gebracht; eigene Verluste und „Kollateralschäden“ bei den Afghanen eingeschlossen. Die Kosten von über 40 Milliarden für den deutschen Steuerzahler waren enorm. Lehren daraus, dass man kein Volk in die Neuzeit bomben kann und ein so großes Land nicht zu beherrschen ist, wurden nicht gezogen. Sonst hätte die schwarz-rosafarbene Koalition ein neues unverantwortliches Abenteuer in der Wüste von Mali nicht auf sich genommen (oder will man einem Freund den Zugang zum Uran sichern?). 650 bis 700 Mann für ein Land, das über dreimal so groß wie Deutschland ist ...

Ähnlich wie der 11. September in den USA, so haben die barbarischen islamistischen Attentate von Paris die weltpolitische Lage verändert, die vorhandenen kriegerischen Konflikte verschärft. Ähnlich wie damals, in der verhängnisvollen Bush-Ära, wird auch jetzt wieder das tragische Geschehen von den herrschenden Klassen mißbraucht, um innenpolitische Interessen und außenpolitische Machtpolitik durchzusetzen. Die Gelegenheit scheint für sie günstig, dies bei Bedarf auch jenseits rechtsstaatlicher Bestimmungen wie Verfassung oder UNO-Charta durchzudrücken. Demokratieabbau und Kriegspolitik lassen sich unter dem Eindruck solcher Tragödien im Volk leichter durchsetzen. Der französische Präsident und das Parlament haben auch flugs den Ausnahmezustand erklärt – nicht für 3 Tage, sondern gleich für 3 Monate. Der verschärfte Bombenkrieg gegen den Islamischen Terrorstaat wird in Syrien und im Irak diese Länder noch mehr verwüsten

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg, Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg
e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: Iban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Im Schweinsgalopp zu neuen Kriegen – nicht in unserem Namen!

und Schuldige und Unschuldige treffen. Es bedurfte nur der Aufforderung des französischen Präsidenten zur Solidarität und die deutsche Regierung entschied sich umgehend, sich am Krieg gegen den IS und gegen die aufrührerischen „Islamisten“ in Mali zu beteiligen. In beiden Fällen stehen die militärischen Aussichten auf Erfolge schlecht; Kritiker sprechen von „Symbolpolitik“ oder vom „Hineinschlittern“. Wahrscheinlich ist jedoch, dass es im Sinne der deutschen Bourgeoisie darum geht, den Ballast aus der dunklen deutschen Vergangenheit endgültig abzuschütteln, der dem Militärischen und einer weltweiten Kriegspolitik noch anhaftet. Gerade jetzt, angesichts der Krise in der EU und der Zerstrittenheit über die Flüchtlingspolitik, wird gar übel an dem Dominanzanspruch Deutschlands gerüttelt. Da gilt es für Berlin schon mal, die Muskeln zu zeigen. Längst ist ja in den rechts stehenden Medien eine Kampagne im Gange, dass Gerhard Schröders „Enttabuisierung des Militärischen“ entschieden weitergeführt werden müßte, zu einer „gesellschaftlichen Debatte über eine Kultur der Kriegsfähigkeit“ (Politikum 2/15). Bundespräsident Gauck und Wolfgang Schäuble haben es etwas verklausulierter ausgedrückt.

Die große Zahl an Toten (130) und Verwundeten in Paris wurden zu Recht bedauert. Wenn Frankreich das Ziel der Terroristen wurde, dann kann das auch daran liegen, dass das Land in der Vergangenheit mit seiner Kolonialherrschaft eine breite Blutspur in Afrika und in Indochina hinterlassen hat: Allein in Algerien kostete die Französische Herrschaft über 1 Million Opfer; in Madagaskar z. B. mußten tausende Menschen sterben. Es ist bezeichnend, dass die Medien den ständigen IS-Attentaten in der 3. Welt – in Pakistan, Afghanistan, Ägypten, Tunesien usw. – ungemein weniger Aufmerksamkeit schenken und schenken. 2014 wurden 32.650 Menschen durch Terroranschläge getötet, allein im Irak 10.000. Diese Opfer wurden mißbraucht, um innenpolitisch einen Sinneswandel zu stärken, wegzukommen von der durch zwei verlorene Weltkriege zur Tradition verfestigten Losung: „Nie wieder Krieg“.

Durch die tatsächliche Gefahr für Deutschland, IS-Attentate zu erleiden und dazu mit gehöriger Meinungsmanipulation durch Presse und Fernsehen, sollen nun 58 Prozent der Deutschen nach ei-

ner Meinungsumfrage mit den „Militärinterventionen“ einverstanden sein. Auch der Bundestag hat mit großer Mehrheit zugestimmt. Nur 14 SPD-Abgeordnete wagten es, mit „Nein“ zu stimmen. Die Linkspartei hatte für ihre Ablehnung gute Argumente. Es ist bezeichnend, dass selbst ehemalige Generäle Ähnliches feststellen müssen: Es fehle die Strategie und es bestehe keine Aussicht auf Erfolg, wenn nicht Bodentruppen eingesetzt würden. Die Dauer des Einsatzes sei nicht abzusehen.

Die Regierung Merkel hat nicht einmal versucht, politische und ökonomische Maßnahmen vor den Einsatz kriegerischer Gewalt zu setzen. Die Waffenlieferungen an Saudi-Arabien und an andere den IS unterstützende Länder laufen weiter, als wäre nichts gewesen, auch nicht deren Finanzierung des IS. Die Türkei hat nicht Ernst damit gemacht, den Ölschmuggel zu unterbinden, an dem sich auch andere beteiligen.

Für die Syrien“-Mission“ will die „Bundesverteidigungsministerin“ erst mal 134 Mrd. € ausgeben. Bei den Tornados, die die Ziele für die Bombardierungen kennzeichnen sollen und bei der Fregatte, die angeblich zum Schutz eines französischen Flugzeugträgers notwendig ist, wird es im weiteren Verlauf nicht bleiben.

Man kann davon ausgehen, dass die Regierung das Ganze auch dazu benutzt, von den innenpolitischen Schwierigkeiten und von der Krise der EU abzulenken. Nicht nur die Flüchtlingsproblematik droht angesichts von fast einer Million Asylsuchender den politischen und organisatorischen Rahmen zu sprengen, die Parteistrukturen aufzumischen. In Frankreich hat letzteres schon dazu geführt, das der rechtsradikale Front National bei der Regionalwahl zur stärksten Partei wurde. In Deutschland versucht nicht nur die CSU, angesichts nicht endender Flüchtlingsströme mit Appellen an die niederen Instinkte einer ratlosen Wählerschaft das Überlaufen zur AfD zu verhindern. Das wird nur teilweise gelingen. Der Preis dafür besteht in der Einschränkung demokratischer Rechte und im Niedergang humanistischen Denkens und Handelns.

Die Bilder für den Artikel Industrie 4.0 haben wir den Filmen „Metropolis“ und „Modern Times“ entnommen.

ihren Konkurrenten zu erlangen, das heißt, mit reduzierter Arbeitskräftezahl den selben Produktionsausstoß zu erzielen und unter Umständen die Produktion sogar noch auszuweiten.

Die 4. industrielle Revolution

Die erste industrielle Revolution begann mit der Einführung der Dampfmaschinen. Dieser folgte dann der Übergang zur Massenproduktion zu Beginn des 20. Jahrhunderts, später Fordismus genannt, und dessen Kennzeichen das Fließband war.

Und beginnend mit den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts kamen dann schließlich, im Rahmen des Siegeszuges der Mikroelektronik, die CNC-Technik und Industrieroboter in der Massenfertigung zum Einsatz. Heute stehen wir vor einem weiteren qualitativen Sprung in der industriellen Produktion, Industrie 4.0 genannt.

Auf den einschlägigen Internetseiten wird diese neue Produktionsweise beispielsweise (Telecom) so beschrieben:

„Möglich wird der Schritt zur Industrie 4.0 durch cyber-physische Systeme (CPS), die die physikalische und die virtuelle Welt im Internet der Dinge – kurz IoT (Internet of Things) – zusammenführen. Als CPS tauschen intelligente Maschinen, Lagersysteme und Betriebsmittel autonom Daten miteinander aus, initiieren Fertigungsschritte und steuern sich gegenseitig. In der Industrie 4.0 organisiert sich die Produktion selbst. Alle beteiligten Produktionsmittel und Produkte sind miteinander vernetzt, eindeutig identifizierbar und lokalisierbar. Sie sind sich ihres Zustandes bewusst, wissen, welche Schritte erforderlich sind, um den Produktionsprozess fortzusetzen, und lösen selbsttätig den nächsten Fertigungsschritt nebst logistischen Prozessen aus. Der Einsatz cyber-physischer Systeme, wird die industrielle Fertigung von Produkten weltweit radikal verändern und Wirtschaft sowie Verbrauchern riesige Chancen bieten.“

Menschen mit einem herkömmlichen Bildungsstand verstehen von dem was hier beschrieben wird nur sehr wenig. Wahrscheinlich ist das auch so gewollt. Was im Gedächtnis hängen bleiben soll ist, dass sich für „Wirtschaft und Verbraucher riesige Chancen bieten“. Alles soll besser werden.

Mögliche Risiken gibt es nicht, oder sie werden ausgeblendet – insbesondere die Risiken für die abhängigen Beschäftigten.

Der „Südkurier“ aus Friedrichshafen bildet solche Risiken in einem Artikel im Juni des Jahres zwar nicht ausdrücklich ab, aber trotzdem werden sie überdeutlich sichtbar. Die Zeitung schreibt anlässlich der Eröffnung der neuen Serienfertigung für PKW-Getriebegehäuse bei der Firma ZF Friedrichshafen:

„Die neue Serienfertigung für Pkw-Achtgang-Automatikgetriebegehäuse ist imposant. Mit nur 90 Minuten Durchlauf entstehen hier täglich 750 Gehäuse, die zur Montage ins ZF-Werk Saarbrücken geliefert werden. Die Anlage, die dies vollbringt, ist voll automatisiert. Ein Roboter hebt die Rohteile aus der Drahtbox und setzt sie aufs Verteilerband. Weitere Roboter und ein Laufband bringen die Gehäuse in eine von zehn ‚Bearbeitungszentren‘, wo in 15 Minuten 1300 Behandlungsmerkmale durchgeführt werden. Nach dieser Prozedur kommt das Gehäuse in eine überdimensionale Waschstraße, wo es gereinigt wird. Für die gesamte Anlage ist ein Mitarbeiter zuständig, der überwacht, ob alles funktioniert.“

Leider wird in dem Artikel nicht berichtet, wie viele Beschäftigte vor der Rationalisierung in dieser Abteilung gearbeitet haben. Aber mit Sicherheit waren es deutlich mehr als eine Person. Die vollautomatische Produktion ist also heute zum Teil bereits Realität und sie gibt es in den verschiedensten Segmenten der Industrie. Bereits 25 Prozent der Komponentenfertiger für Deutschlands Automobilbranche haben Industrie 4.0 auf der Tagesordnung. Bei den Maschinenbauern selbst ist es schon jeder zweite und bei Anlagenbauern sind es ausnahmslos alle.

Damit das Konzept einen zusätzlichen Schub bekommt, hat die Bundesregierung bereits im Jahr 2011 ein „Zukunftsprojekt Industrie 4.0“ gegründet, das beim Bundesforschungsministerium angesiedelt ist. Damit will man die deutsche Industrie in die Lage versetzen „für die Zukunft der Produktion gerüstet zu sein“. Für entsprechende Forschungsarbeiten wurden bisher Fördermittel in Höhe von über 120 Millionen Euro bewilligt.

Dieser Betrag ist natürlich eine Kleinigkeit, wenn man sieht welche

Mittel die Großkonzerne einsetzen um ihren Traum von der „perfekten Fabrik“ zu realisieren.

In der Ausgabe vom 10. Juni des Jahres, berichtet die Wochenzeitung *Der Freitag*, dass beispielsweise Bosch und Siemens viele Millionen investieren um die Automatisierung ihrer Produktion voranzutreiben. Bei Bosch alleine sollen es 500 Millionen Euro jährlich sein und bei Siemens sollen sich mittlerweile mehr als die Hälfte der rund 30.000 Beschäftigten der Forschungsabteilungen mit Softwareentwicklung befassen.

Doch auch in diesem Artikel werden nur die Chancen gesehen. So zitiert die Zeitung aus einer Studie der Unternehmensberater der Boston Consulting Group, wonach durch Digitalisierung und Vernetzung der Produktion in den kommenden zehn Jahren 390.000 neue Arbeitsplätze in Deutschland entstehen werden. Zudem soll das deutsche Bruttoinlandsprodukt im gleichen Zeitraum um 30 Milliarden Euro wachsen.

Aber es gibt auch Studien, die auf die Risiken eingehen. So hat ein Jeremy Bowles von der London School of Economics 2014 eine Untersuchung veröffentlicht, wonach durch die möglich werdenden Automatisierungsschübe binnen zwei Jahrzehnten in Deutschland 51 Prozent aller heutigen Arbeitsplätze verloren gehen können. Eine Studie von Oxford-Wissenschaftlern kommt zu dem Ergebnis, dass 47 Prozent aller Arbeitsplätze in den USA in den nächsten ein bis zwei Jahrzehnten bedroht sein könnten (Quelle *Arbeiterpolitik*).

Laut dem BDI arbeiten in der Industrie und den industrienahen Dienstleistern zwölf Millionen Menschen. Das entspricht knapp 30 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland. Sollten die Prognosen stimmen, gingen alleine in Deutschland in der Industrie mehr als sechs Millionen Arbeitsplätze durch die Rationalisierungswelle verloren. Nimmt man alle Erwerbstätigen (42 Mio.) als Basis der Berechnung, wäre das nach der Oxfordstudie sogar mehr als 21 Millionen Arbeitsplätzen, die verloren gingen.

Allerdings sind alle Prognosen zum heutigen Datum äußerst spekulativ.

Sicher dagegen ist, dass sich die ökonomische Krise, in der wir uns

seit 2008 befinden, weiter verfestigen wird. Die Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems ist offensichtlich. Periodisch wird die Wirtschaft von Überproduktionskrisen heimgesucht.

Strukturelle Arbeitslosigkeit wird weiter steigen

Bis zum Beginn der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts wurden die während der Krise entlassenen Arbeitskräfte, mit dem Beginn des neuen Konjunktur-Zyklus wieder weitgehend in die kapitalistische Produktion integriert. In der Zeit danach wurde das anders. Anfang der 80er Jahre wurde zum ersten Mal in der Nachkriegszeit die 1-Millionen-Arbeitslosengrenze überschritten. Erinnern wir uns an die aufgeregte Besorgnis, die damals herrschte. Plötzlich gab es trotz anziehender Konjunktur einen Arbeitslosensockel, der nicht wieder in die Produktion integriert werden konnte.

Heute nennt man das strukturelle Arbeitslosigkeit. Und wir stellen fest, dass von Konjunkturzyklus zu Konjunkturzyklus dieser Sockel größer wird. Die Arbeitslosigkeit geht nicht zurück, sondern sie dehnt sich im Gegenteil noch aus. Die Arbeitslosenquote liegt heute in der BRD offiziell bei knapp 3 Millionen. Und das obwohl man in Deutschland aktuell durchaus noch von einer Konjunktur sprechen kann.

Diese Zahl beunruhigt. Man will sie deshalb möglichst klein halten – denn davon hängt nicht zuletzt die Loyalität der Massen zum gegenwärtigen System ab. Um das zu erreichen haben die Herrschenden zahllose statistische Tricks erfunden, die wirkliche Zahl herunterzurechnen. Sie waren dabei durchaus erfolgreich, denn die aktuellen Arbeitslosenzahlen liegen wohl eher bei mehr als vier Millionen als bei drei.

Allerdings werden die Herrschaften damit, besonders in der Zukunft, nur bedingt Erfolg haben. Denn es ist nicht zu erwarten, dass bei zunehmender Automatisierung und Digitalisierung der Produktion, selbst wenn die wegrationalisierten Arbeitsplätze in den nächsten Jahren nicht den Prognosen entsprechen und deutlich geringer ausfallen, die strukturelle

Arbeitslosigkeit abnimmt. Sie wird weiter steigen.

Die Frage die sich stellt ist: warum kam es im Zuge der zweiten industriellen Revolution – also dem Übergang zur Massenproduktion zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht zu massenhaftem Beschäftigungsabbau? Warum führte diese Rationalisierungswelle vorerst nicht in die strukturelle Krise, sondern verursachte im Gegenteil einen Boom, der sich auch

ungelernten Arbeitskräften) führten zu einem riesigen Produktivitätssprung. Der führte zu einer deutlichen Ausweitung der Produktion, so dass man nicht weniger, sondern sogar mehr Arbeitskräfte benötigte. Das war nur möglich, weil die, unter den neuen Bedingungen produzierten Waren, drastisch billiger wurden. Und viele Dinge, die vormals Luxusgegenstände waren, wurden zum Gegenstand des Massenkonsums.



nach der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre und dem zweiten Weltkrieg bis in die 60er Jahre des letzten Jahrhunderts fortsetzte.

Der Übergang zur industriellen Massenfertigung entwickelte sich zuerst in den USA. So realisierte zum Beispiel Henry Ford in seinen Fabriken Rationalisierungsmethoden die von dem Rationalisierungsspezialisten Frederick Taylor stammten. Taylor analysierte bis ins Detail Arbeitsabläufe und die Bewegungen der ArbeiterInnen an ihren Arbeitsplätzen und er erreichte damit die Optimierung der Fertigungszeiten eines Produktes.

Die neuen Arbeitszeiterfassungsmethoden erreichten auch bald Europa. In Deutschland beispielsweise wurden sie in den 20er-Jahren, mit der Gründung des „Reichsausschuss für Arbeitszeitermittlung“, kurz REFA genannt, eingeführt.

Arbeitszeitstudien, gepaart mit Fließbandarbeit (Verwendung von

Stellvertretend sei hier nur das Auto genannt, das sich plötzlich (in den USA) ein Arbeiter leisten konnte. Die fordistische Produktionsweise machten sich schließlich alle Industrien zu Eigen, was zu dem heutigen, uns bekannten Massenkonsum, mit allen Vorteilen führte, mit dem aber auch das immer größer werdende Zerstörungspotential sichtbar wird.

Bei der jetzt, auf uns zukommenden Automatisierungswelle entfällt in den Industriebetrieben die menschliche Arbeitskraft in ihrer bisherigen Funktion weitgehend. Wie das erwähnte Beispiel der ZF Friedrichshafen zeigt, benötigt die dortige Anlage nur noch einen Arbeiter, der vereinfacht gesagt, wenn irgendetwas schief laufen sollte, auf den roten Notschalter drückt, um die Anlage zum Stehen zu bringen. Mehr Funktionen hat er im Grunde genommen nicht.

Industrie 4.0 bedeutet, ebenfalls, wie der Fordismus, einen gewaltigen Produktivitätssprung der zur

deutlichen Ausweitung der Produktion und zur Verbilligung der Waren führen könnte. Die Frage ist aber, ob das objektiv möglich ist? Im Gegensatz zur fordistischen Produktionsweise braucht man nicht mehr, sondern weniger Arbeitskräfte. Das bedeutet, dass die Massenkauflkraft weiter schrumpft. Damit aber fehlt die Grundbedingung, die für die historisch einmalige Produktionsausweitung der 1920er Jahre die Voraus-

setzung war. Die fordistische Produktionsweise löste einen ungeheueren Boom aus und absorbierte damit die wegrationalisierten Arbeitskräfte. Das geschieht aber heute und in Zukunft nicht mehr. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die vorhandene strukturelle Massenarbeitslosigkeit sich unaufhaltsam weiter ausdehnen wird. Einen Boom, wie ihn die fordistische Produktionsweise auslöste, wird es nicht geben, bzw. ist ein solcher nicht vorstellbar. Daraus ergeben sich aber eine Reihe gravierender Probleme, die zu weitreichenden gesellschaftlichen Erschütterungen führen können.



setzung war.

Die fordistische Produktionsweise löste einen ungeheueren Boom aus und absorbierte damit die wegrationalisierten Arbeitskräfte. Das geschieht aber heute und in Zukunft nicht mehr.

Es ist deshalb davon auszugehen, dass die vorhandene strukturelle Massenarbeitslosigkeit sich unaufhaltsam weiter ausdehnen wird. Einen Boom, wie ihn die fordistische Produktionsweise auslöste, wird es nicht geben, bzw. ist ein solcher nicht vorstellbar.

Daraus ergeben sich aber eine Reihe gravierender Probleme, die zu weitreichenden gesellschaftlichen Erschütterungen führen können.

Sozialstaat hört auf zu bestehen

Im Grundgesetz definiert sich die BRD als „sozialer und demokratischer Rechtsstaat“. Lassen wir einmal bei-

seite inwieweit dieser Anspruch der gesellschaftlichen Realität entspricht. Bei aller Kritik müssen wir aber trotzdem konstatieren, dass trotz der drastischen Angriffe der vergangenen Jahre auf das Rechts- und Sozialsystem, noch immer ein relativ hohes Sozialleistungs-Niveau besteht. Das gilt besonders im Hinblick auf andere Länder in Europa und noch mehr im weltweiten Vergleich.

Wie jeder Staat finanziert sich die BRD über Steuern und Sozialabgaben. Die neoliberale Offensive der zurückliegenden Jahrzehnte hat aber dazu geführt, dass auf wichtige Einnahmequellen staatlicherseits verzichtet wurde (z.B. Vermögenssteuer, Steuersenkungen für Konzerne usw.). Im Gegenzug kam es zu einer immer größeren Umverteilung von unten nach oben. Die Folge davon ist, dass heute der Löwenanteil der Staatsfinanzierung im Grunde nur noch von den Nicht-Kapitaleigentümern getragen wird. Es ist nicht damit zu rechnen, dass sich bei einer weiteren krisenhaften Entwicklung der Ökonomie die politisch und ökonomisch herrschenden Kreise sich von dieser Politik abwenden. Freiwillig geben Kapitalisten ihre Privilegien nicht wieder her. Dehnt sich aber die strukturelle Massenarbeitslosigkeit drastisch immer weiter aus, erreicht man irgendwann den kritischen Punkt, an dem die sozialen Netze reißen und der So-

zialstaat in der heutigen Form nicht mehr zu halten ist.

Wenn die staatlichen Einnahmen sinken und gleichzeitig die Leistungsempfänger drastisch ansteigen, kommt das gesamte staatliche Gefüge in die Schieflage, mit der Folge eines noch stärkeren Sozialabbaus und einer sich weiter verschärfenden Austeritätspolitik. Zu was die Herrschenden bereit sind und wie weit sie gehen können zeigen die aktuellen Beispiele Griechenland, Portugal und Spanien. Und mit Sicherheit ist das noch nicht das Ende der Fahnenstange. In der Vergangenheit und auch aktuell haben die herrschenden Klassen oft genug gezeigt, zu welcher Barbarei sie gegenüber den lohnabhängigen Klassen fähig sind.

Die Situation der gewerkschaftlichen Betriebsarbeit

Spätestens mit der Übernahme der DDR durch die BRD hat sich, nicht nur im Osten, sondern auch in den Betrieben Westdeutschlands vieles zum Negativen verändert. Es gab gravierende Veränderung bei Löhnen und Gehältern, in der Arbeitsorganisation und bei den Normalarbeitsverhältnisse.

Parallel dazu wurde durch Leiharbeit und heute verstärkt durch Werkverträge ein Niedriglohnsektor geschaffen, der den Beschäftigten vor Augen führt, was ihnen blüht, sollten sie den Arbeitsplatz im Stammbetrieb verlieren.

In den letzten 20 Jahren hat die Tarifbindung der Betriebe drastisch abgenommen – im Osten gibt es sie inzwischen nur noch rudimentär. Dasselbe gilt für Betriebsräte. Nicht wenige Betriebe sind betriebsrats- und gewerkschaftsfrei. Das liegt weniger am mangelnden Interesse der Belegschaften, sondern vielmehr am aggressiven Verhalten der Unternehmer gegenüber BR-Wahlinitiativen. In mehreren Anträgen zum Gewerkschaftstag der IG Metall wurde deshalb das Thema „Union Busting“ aufgegriffen und entsprechende Maßnahmen dagegen gefordert.

Die Auswirkungen dieser Entwicklung kann man an den Mitgliederzahlen der Gewerkschaften ablesen. Waren 1989 noch rund 7,8 Millionen Beschäftigte in DGB-Gewerkschaften

organisiert, so waren es Ende 2014 nur noch 6,1 Millionen – trotz der gestiegenen Erwerbspersonen aufgrund der deutschen Wiedervereinigung.

Zwar konnten sich die Gewerkschaften in letzter Zeit organisationspolitisch etwas stabilisieren und Mitgliederzuwächse verzeichnen, doch von einer nachhaltigen Wende kann nicht gesprochen werden.

Alles in allem sind die Gewerkschaften heute schwächer als vor 20 Jahren, doch sind sie glücklicherweise immer noch in der Lage bei Tarifbewegungen die Beschäftigten zu mobilisieren. Im Organisationsbereich der IG Metall gilt das besonders für die Automobilindustrie und deren Zulieferer. Dieser Bereich ist das Herzstück der Organisation.

Aber gerade hier wird die Auswirkung der zukünftigen Automatisierung am größten sein. Es ist heute nur schwer absehbar, was es für die Klasse der abhängig Beschäftigten bedeutet, wenn ihr gut organisierter Kern in den großen Industriebetrieben abhanden kommt.

Die Gewerkschaftsvorstände sind sich mit Sicherheit der auf sie zukommenden Gefahren bewusst, das zeigen auch die Entschließungen und Leitanträge des Gewerkschaftstages der IG Metall. Die Rückschlüsse die sie aber daraus ziehen, lassen allerdings nichts Gutes erahnen.

Es wird wieder auf den Korporatismus zurückgegriffen. Unter der Federführung des Wirtschaftsministers Sigmar Gabriel wurde zusammen mit BDI-Präsidenten Grillo und dem IGM-Vorsitzenden Wetzel im November des letzten Jahres ein neues „Bündnis“ aus der Taufe gehoben. „Bündnis zur Erneuerung der Industrie“ nennt es sich.

In einer gemeinsamen Erklärung der Beteiligten heißt es: „Der industrielle Sektor einschließlich der industrienahen Dienstleistungen ist Stabilitätsanker, Innovationskern und Wachstumstreiber der deutschen Industrie. Hohe Wertschöpfung und dynamische Innovationen ... sind ganz wesentlich mit einer wettbewerbsfähigen Industrie verbunden ... Das Ziel: die Zukunft der Industrie in Deutschland und Europa sichern.“

Was hier geschieht ist nur schwer zu ertragen. Anstelle Widerstandslinien und Gegenmachtpositionen gegen die zukünftigen Kapitalangriffe aufzubauen, macht sich die IGM-Führung mit dem Gegner gemein und

sieht ihr Wohl in der Stärkung dessen Wettbewerbsfähigkeit. Das geschieht in der Hoffnung, dadurch dem Schicksal zu entgehen möglicherweise in die Bedeutungslosigkeit zu versinken.

Dabei gibt es doch Beispiele genug, die zeigen, dass solche „Bündnisse“ in der Vergangenheit immer zu Lasten der abhängig Beschäftigten gingen. Die Rolle der Gewerkschaften beschränkte sich darin, der Kapitalseite gegenüber Zugeständnisse zu



machen. Eine Gegenleistung dafür bekamen sie nie. Das war Ende der 1960er Jahre mit der „konzertierten Aktion“ so, dann in den 1970er Jahren mit dem „Modell Deutschland“ und schließlich kurz vor der Jahrtausendwende war das so mit dem Zwickelschen „Bündnis für Arbeit“. Das Ergebnis war immer, dass die Gewerkschaften anschließend schwächer dastanden als vorher.

In einer Broschüre „Beteiligen und Mitbestimmen“, deren Herausgeber Detlef Wetzel ist, schreibt dieser im Zusammenhang mit der Industrie 4.0: „Dass wir vor einer Zeitenwende bei der industriellen Produktion stehen, ist der erste Grund, warum genau jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen ist, eine breite Debatte über Demokratie in der Wirtschaft mittels einer klugen Verbindung von individueller Beteiligung und kollektiver Mitbestimmung zu führen ...“.

Mit einer solchen Debatte (wobei Demokratie in der Wirtschaft und den Betrieben eine Illusion ist) ist nicht gemeint, die Belegschaften gegen die zunehmenden Missstände zu mobilisieren, sondern sie orientiert alleine auf den Gesetzgeber. Das belegen auch andere Äußerungen von Vorstandsmitgliedern. So meint beispielsweise

der designierte Vorsitzende der IG Metall, Jörg Hofmann, in einem Gastbeitrag in der *Mittelbayerischen Zeitung*: „Der Gesetzgeber muss die Erosion der Arbeitswelt stoppen“. Dabei müsste Hofmann aufgrund seiner langjährigen Erfahrung wissen, dass „uns kein höheres Wesen rettet“!

Wie groß die Probleme in den Betrieben tatsächlich sind, zeigt alleine schon ein Blick in die Homepage der IG Metall. Dort kann man z.B. lesen:

„Ob Auto- oder Stahlbranche, Werften oder Luftfahrtindustrie, ob Großkonzern oder Mittelständler: Mehr als zwei Drittel der Unternehmen lagern Aufgaben, die zum Kerngeschäft gehören, aus. Dieser Missbrauch von Werkverträgen führt zu Lohndumping und spaltet Belegschaften. Jetzt rufen Betriebsräte die Politik auf, endlich zu handeln und den Missbrauch zu stoppen“.

Oder: „Automobil-Hersteller vergeben immer mehr Arbeit, die zu ihrem Kerngeschäft gehört, per Werkvertrag nach draußen. Arbeit wandert so oft vom tarifgebundenen Betrieb in tarifvertragsfreie Zonen. Beschäftigte haben nicht mehr die gleichen Rechte und verdienen ganz unterschiedlich.“

Und schließlich sagt Jörg Hofmann, Zweiter Vorsitzender der IG Metall: „Die Arbeitgeber sollen nicht glauben, sie könnten durch Outsourcing widerstandslos Löhne und Arbeitsbedingungen absenken und sich der Zuständigkeit der IG Metall entziehen“.

Hier irrt sich Hoffmann! Und ob die das können. Das geschieht tagtäglich und zwar widerstandslos, oft unter der Beteiligung des betriebsrätlichen Co-Managements.

Ein Mittel dieser unheilvollen Entwicklung zu begegnen, sieht die IG

Metall perspektivisch darin, einheitliche Tarifverträge entlang der Wertschöpfungsketten zu erkämpfen. Dieser Ansatz ist bestimmt richtig, denn er führt dazu, dass in den Betrieben und den unterschiedlichen Branchen die Beschäftigten auf ein gemeinsames Ziel vereint und orientiert werden.

Einfach ist diese Aufgabe allerdings nicht, denn um das zu erreichen, muss nicht nur der politische Gegner bezwungen werden, sondern auch

gekannte Höhen. Da es aber nur die menschliche Arbeitskraft ist die Werte schafft, hat das zur Konsequenz, dass je größer die Produktivität ist, desto geringer ist der Anteil der menschliche Arbeitskraft pro erzeugter Ware und desto geringer daher der Wert, auf den es im Kapitalverwertungsprozess ankommt. Doch das interessiert den einzelnen Kapitalisten erst einmal nicht. Er steht in Konkurrenz zu den anderen Unternehmern seines indus-

Perspektive Sozialismus

Einer solchen Entwicklung Einhalt bieten können nur die arbeitenden Klassen. Schauen wir uns aber deren aktuellen Zustand in Deutschland, Europa und der Welt an, müssen wir uns fragen, ob sie dazu in der Lage sind. Im Moment sind sie es mit Sicherheit nicht.

Aber so wie es jetzt ist wird es nicht bleiben. Da sich alles verändert, verändert sich auch das Bewusstsein der Menschen, besonders dann, wenn einem großen Teil die Existenzgrundlage entzogen wird. Die Frage allerdings ist in welche Richtung das veränderte Denken geht.

Aktuell erleben wir, wie sich kleinbürgerliche Denkweisen auch bei vielen abhängig Beschäftigten durchsetzen. Dieses Denken steht für die Akzeptanz autoritärer Lösungen, die keine Lösungen der anstehenden gesellschaftlichen Probleme sein können.

Dabei könnten die Möglichkeiten, die sich aus der vierten industriellen Revolution ergeben unendlich groß sein. Die Drohung der Bibel, „Im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brot verdienen“ wäre endgültig Vergangenheit. Radikale Arbeitszeitverkürzungen wären möglich, die den Menschen die Perspektive eröffnen würde, ihren tatsächlichen Interessen nachzugehen und ihre Persönlichkeit zu entwickeln. Das Ergebnis könnte eine Welt ohne monotone, gesundheitsschädliche Schinderei sein, ohne Armut und Angst vor der Zukunft.

Einer solchen Entwicklung stehen allerdings die Interessen der Kapitalisten entgegen. Freiwillig werden sie diesen Weg nicht beschreiten. Das heißt, zu diesem Ziel kommen wir nur, wenn wir den Kapitalismus überwinden und der Sozialismus erzwungen wird. Einen Automatismus gibt es dafür nicht. Angesichts der Schwäche sozialistischer und kommunistischer Kräfte erscheint das als eine Herkulesarbeit, zu der es aber trotzdem keine Alternative gibt.

Aber das was heute noch nicht denkbar ist, kann morgen durchaus möglich sein. In der Geschichte gibt es dafür genügend Beispiele.

Oktober 2015



kleinkarierte Abgrenzungsschranken zwischen den DGB-Gewerkschaften abgebaut werden und auf internationaler Gewerkschaftsebene verbindliche Vereinbarungen zustande kommen.

Die Zukunft wir zeigen, wie ernst gemeint diese Absicht ist. Auf der einen Seite sind die Industriegewerkschaften dazu gezwungen etwas zu tun, wollen sie ihre Machtposition nicht verlieren, Auf der anderen Seite muss man aber sehr skeptisch sein, wenn man die gewerkschaftsseitige Korporationsbereitschaft mit dem deutschen Kapital sieht, das seine internationale Vormachtstellung und Konkurrenzfähigkeit mit allen Mitteln erhalten und ausbauen will.

Tendenzieller Fall der Profitrate

Schließlich hat eine Rationalisierungswelle wie in der Industrie 4.0 dargestellt eine weitere Konsequenz. Eine Konsequenz die einen nachhaltigen Einfluss auf die weitere Entwicklung des kapitalistischen Systems hat.

Die Automatisierung der Produktionsprozesse steigert die Produktivität der Industrie in bisher noch nicht

triellen Segmentes. Und wenn er in der Lage ist, mit geringeren Kosten als seine Konkurrenten zu produzieren, kann er sich einen Teil deren Mehrwertproduktion aneignen. Das heißt also: je mehr ein Kapitalist in seinem Unternehmen die Produktivität steigert, desto größer ist der Anteil des gesamtgesellschaftlichen Mehrwerts, den er sich aneignet.

Dieser Widerspruch führt dazu, dass das Kapital durch Produktivitätssteigerungen dazu beiträgt, dass die Wertproduktion zunehmend ausgehöhlt und untergraben wird. In der Vergangenheit wurde dieser Widerspruch verdeckt durch Ausdehnung der Gesamtarbeitsmenge, das heißt durch Vergrößerung der Beschäftigtenzahlen. Das hat die Epoche des Fordismus am deutlichsten gezeigt.

Das ist aber schon heute nicht mehr möglich und wenn die Industrie 4.0 greift, noch weniger. Die Folge wird sein, dass es zu verschärfter nationaler und globaler Konkurrenz zwischen Konzernen und Staaten, kommt mit allen Konsequenzen, die da sind verschärfte Krisenhaftigkeit des Kapitalismus, weitere gesellschaftlicher Destabilisierung und steigende Kriegsgefahr.

Unsere Jahreskonferenz

Die 44. Jahreskonferenz der Gruppe Arbeiterstimme fand heuer am 24. und 25. Oktober in Nürnberg statt, wie es schon lange die Tradition ist. In Zeiten der sich ständig verschärfenden kapitalistischen Krisen sollte die Jahreskonferenz auch dieses Jahr wieder dazu dienen, uns über einige wichtige Ereignisse tiefergehend zu informieren, uns mit anderen Genossinnen und Genossen darüber auszutauschen und so auch in diesen Themenbereichen einen Gruppenstandpunkt herauszuarbeiten. Dazu waren die Mitglieder und Sympathisanten der Gruppe Arbeiterstimme aus weiten Teilen Deutschlands angereist – auch aus Österreich und aus England.

Von befreundeten Gruppen durften wir wieder eine Genossin und einen Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik, sowie einen Genossen der Gruppe International aus Dorfen begrüßen. Auch ein Genosse der DKP nahm an der Konferenz teil.

Am Anfang der Konferenz stand wieder der Bericht zur Lage der Gruppe. Der Referent griff die Situation mit ihren sich weltweit verschärfenden Krisenentwicklungen und daraus resultierenden Problemen auf. Er zeigte auf, dass die Folgen der Kriege und ihre verheerenden Verwüstungen wie die in Afghanistan, dem Irak und Libyen nun auch in Europa ankommen wie die Flüchtlinge und die terroristischen Anschläge fantischer islamistischer Terroristen; beides Folgen und Produkte dieser Kriege. Diese Problematik und die Ängste, die in der Bevölkerung darüber entstehen, werden nun von rechten Rattenfängern und Demagogen aufgegriffen und für ihre rassistischen, nazistischen Ziele missbraucht.

Es wurde nicht abgestritten, dass die Probleme, die dadurch entstanden sind, schwerwiegend sind – allerdings kam auch der Vorwurf, dass die westlichen Regierungen viel zu spät auf diese Flüchtlingsprobleme reagiert hatten. Schließlich liegen die Kriege des Westens gegen Afghanistan und den Irak schon weit über zehn Jahre zurück; hier in Deutsch-

land wurde so getan, als ob uns das hier alles gar nichts angeht – aber nun sind die Folgen, die im Fernsehen ja schon lange – allerdings weit weg – zu sehen waren, auch hier in Deutschland angekommen und Realität geworden. In dieses Szenario war unsere Arbeit im letzten Jahr eingebettet, was die Situation für die Gruppe wahrlich nicht leichter gemacht hat. Die aktiven Gruppenmitglieder arbeiten am Rande ihrer Kapazitäten und dennoch ist es uns wieder gelungen, die uns selbst gesteckte Aufgabe zu erfüllen. Wir konnten wieder vier Nummern der *Arbeiterstimme* herausbringen. Die Rückmeldungen aus Leserkreisen fielen spärlich aus. Mehr zur Lage der Gruppe ist im Referat dazu zu finden, das wie immer in leicht überarbeiteter Form abgedruckt wird.

Für den zweiten inhaltlichen Punkt der Tagesordnung, „aktuelle Entwicklungen in Griechenland“ hatten wir zu unserer Freude wieder den Genossen Pavlos, ein Mitglied der Partei Syriza, gewinnen können. Pavlos hatte uns je schon im Mai auf unserer Münchner Konferenz über die Lage in Griechenland berichtet und sich dabei als profunder Kenner der Situation ausgewiesen. In der nachfolgenden Diskussion wurde die Kritik vorgebracht, dass Syriza zu große Versprechungen gemacht hatte, die dann nicht eingehalten werden konnten. Dabei wurde zu wenig auf die wirkliche Bereitschaft der griechischen Bevölkerung zu politischen Umgestaltungen Rücksicht genommen, das Kräfteverhältnis in Griechenland nicht oder zu wenig in die politischen Überlegungen einbezogen. Ohne eine revolutionäre Situation sind nun mal keine revolutionären Maßnahmen möglich; nicht einmal solche, die der Bourgeoisie kleine, aber substanzielle Opfer abverlangen.

Wie sich Syriza und die Politik dieser Partei weiter entwickeln wird, nachdem sie ihren radikalen Flügel verloren hat, bleibt abzuwarten. In manchen linken Kreisen wird ja auch von einer Sozialdemokratisierung von Syriza gesprochen. Ein Diskussionsbeitrag zielte darauf ab, dass KKE

und PAME die Bildung einer linken Regierung verhindert hätten, weil sie dies selbst nicht mitgetragen haben.

Für uns als Kommunisten wäre die KKE freilich die erste Adresse vor Syriza, aber in ihrem Verhalten stellt die KKE nichts weiter als „eine Karikatur einer kommunistischen Partei“ dar, so ein Genosse.

Der zweite inhaltliche Block des Samstagnachmittags war dem Komplex *Industrie 4.0* gewidmet. Diese Entwicklung hat auch die Diskussionen in den Gewerkschaften beeinflusst, allerdings wird sie dort mit vielen hohlen Phrasen und utopischen Hoffnungen geführt, die ein Genosse der Arpo in seinem Artikel in Heft 5/6 dieses Jahres wie folgt beschreibt: „Große leere Worte der DGB- und Gewerkschaftsführungen: In einem Boot mit den Unternehmern.“ Unser Referent sprach von einer bevorstehenden Rationalisierungswelle in der industriellen Produktion, die bis zu 50 % der Arbeitsplätze vernichten könnte. In der Diskussion wurde versucht dem Begriff Industrie 4.0 auf den Zahn zu fühlen – dabei zeigte sich wie schwer dieser Terminus und was dahinter steckt doch zu fassen ist. In der Arpo wurde dieser Prozess wie folgt beschrieben: „In der ‚4. Industriellen Revolution‘ wachsen Maschinen und Digitalisierung nach und nach zusammen. Produziert werden kann nach individuellmn Kundengeschmack, und nicht mehr als Massenfabrikat.“ Ein für das Kapital äußerst willkommener Nebeneffekt ist auch darin zu sehen, dass Einflussmöglichkeiten von Gewerkschaften und Betriebsräten weiter schrumpfen werden. Der Referent wies darauf hin, dass, wenn wir die Technik und die Bedeutung von *Industrie 4.0* nicht verstehen können, wir auch nicht erkennen können, was diese Entwicklung für gesellschaftliche Folgen zeitigen wird. Sein Referat ist ein wichtiger Beitrag, um dem entgegenzuwirken.



Am Sonntag beleuchtete ein Genosse die Lage in der Türkei. Das war noch vor den Wahlen, in denen Erdogan die Mehrheit gewann und auch das Hofieren der Türkei als Auffang- und Abschiebelager für Europa war noch nicht so weit voran getrieben worden. Auch Merkels Wahlhilfebeschaffung und die damit verbundene Aufwertung Erdogans hatten noch nicht stattgefunden.

Der Referent ging auf die wirtschaftliche Lage in der Türkei ein; so arbeitet ein Großteil der lohnabhängig Beschäftigten zu Mindestlöhnen, 30 % der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze. Auch zum wieder-aufgeflamten Krieg mit der PKK nahm der Referent Stellung. Ebenso zeigt er auf, dass Erdogans Träume vom großtürkischen Reich nicht nur in seinem Hirn herum spuken, sondern, dass damit auch in einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung

sowie in Kreisen der Wirtschaft dem türkischen Nationalismus gefrönt wird. Auch dieses Referat wird im Anschluss abgedruckt.

Ein kleiner Lichtblick in dieser wahrlich tristen Weltlage war dann das letzte Thema unserer Konferenz. Unser englischer Genosse und Freund ging auf den Führungswechsel in der Labour Party ein, an den noch im Frühjahr dieses Jahres nicht einmal zu denken gewesen wäre. Er war der Meinung, dass Labour verglichen mit dem Mai 2015, eine neue Partei geworden ist. Der Genosse hat uns seinen Beitrag geschickt, er wurde von uns übersetzt und wird im Folgenden abgedruckt.

Als Resümee der Jahreskonferenz 2015 können wir verzeichnen, dass wir uns inhaltlich über die Referate und Diskussionen Klärung und Vereinheitlichung verschafft haben. Organisatorisch konnten wir uns

wieder so aufstellen, dass wir uns in der Lage sehen, auch im kommenden Jahr die *Arbeiterstimme* kontinuierlich in der gewohnten Qualität herauszubringen. Dabei sind wir jedoch auch weiterhin auf Hilfe und Unterstützung unserer Leser angewiesen – sowohl inhaltlich als auch finanziell.

Die traditionelle Sammlung erbrachte 700 €. Genosse Pavlos wird sie dem Gesundheitsprojekt *Metropolischen sozialen Praxis Ellinikon* überbringen.

Zum Thema *Industrie 4.0* weisen wir auf den Artikel *Digitalisierung: Fluch oder Segen?* in der *Arbeiterpolitik* Nr. 5/6 dieses Jahres hin

Zu Griechenland empfehlen wir das Buch von Giorgos Chondros: *Die Wahrheit über Griechenland, die Eurokrise und die Zukunft Europas*. Westend Verlag

Zur Lage der Gruppe

Nachdem wir uns für heute und morgen vormittags viele Themen vorgenommen haben – fast zu viele – möchte ich mich beim Gruppenbericht kurz fassen. Es hat sich ja auch in den vergangenen zwei Jahren für die Gruppe nichts zum Positiven verändert – im Gegenteil, die Arbeiterbewegung ist weiter in der Defensive. Weltpolitisch sind wir in eine Periode vermehrter Kriege und Konflikte geraten, deren Gefährlichkeit nicht abzuschätzen ist und bei denen auch überraschende Spannungen nicht ausgeschlossen sind. Auch die BRD wird Teil sein in diesem Hexenkessel imperialistischer Politik. Das ist Folge des zunehmenden ökonomischen Ungleichgewichts und weltweiten Wirtschafts- und Finanzdebakels, das systembedingt dem Kapitalismus ja eigen ist.

In den letzten Monaten ist auch die politische Lage in Deutschland immer aufgewühlter geworden, da nun die verheerenden Folgen imperialistischer Kriege und Verwüstungen, vor allem im Nahen Osten, dort größere Teile der Bevölkerung zur Flucht nach Europa zwingen. Man könnte auch sagen: Die teuflische Saat

geht auf! Deutschland als hochentwickeltes Industrieland ist als Ziel-land besonders betroffen und es ist überhaupt nicht absehbar, wie dieses einschneidende Problem von den dominierenden Parteien gelöst wird. Wir sind erst am Anfang und schon jetzt ist sichtbar, dass fast in ganz Europa die Parteiengefüge in teils große Veränderungen geraten. Das kann noch turbulenter werden, wenn einschneidende Sonderbelastungen unumgänglich werden. Was sich in den letzten Wochen in Deutschland an Hetze und Aggression gegen Flüchtlinge abspielte war erschreckend – besonders in Sachsen. Den Übergriffen, Brandanschlägen und Hasstiraden nicht nur von Rechtsradikalen und Pegida-Anhängern, steht eine Welle an Solidarität mit den Asylsuchenden gegenüber, die es auch gab und gibt. War anfangs der mediale Mainstream im Sinne des Arbeitgeberlagers, das in den Flüchtlingen die Arbeitskräfte der Zukunft sah – je größer das Arbeitskräfteangebot um so mehr sinkt der Wert der Ware Arbeitskraft – droht die Stimmung in der Bevölkerung nun zu kippen. Das wird sich noch verstärken, mit dem Effekt, dass wenn

die Flüchtlinge, notwendigerweise, als Konkurrenten bei der Wohnungs- und Arbeitssuche und bei den Geldmitteln auftreten müssen. CSU, AfD usw. versuchen mit ihrer Hetze heute schon ihr giftiges Wahlsüppchen daraus zu kochen. Manche Behörden und Polizeiführungen passen sich nur zu oft der örtlichen Stimmung an. Wir erleben, wie tausende nun ihre Maske fallen lassen und zum Teil Rassismus, Asylantenhass und Unsolidarität offen ausleben. Der Weg in Deutschland geht in der nächsten Phase weiter nach rechts. Das wird auch Polarisierung heißen. Inwiefern das auch für linke Gruppen neue Anknüpfungspunkte geben kann, bleibt abzuwarten. Die Linke insgesamt muss sich warm anziehen, besonders natürlich die verbliebenen sozialistischen Kerne und die Antifaschisten. Sind wir dafür gerüstet? Kaum!

Unsere Arbeit in und für die Gruppe steht auch so schon oft genug am Rande des Möglichen. Jeder von uns im inneren Kreis trägt nach Kräften dazu bei, doch in unterschiedlicher Größenordnung. Der noch kleinere Kreis, der als Motor fungieren muss – verantwortlich für die praktischen

Notwendigkeiten und die politische inhaltliche Ausrichtung – hat zu wenig Luft. Da ist ja noch der Beruf, die anderweitigen Aktivitäten, in den Gewerkschaften usw., die Familien und die Gesundheitsvorsorge. Wir haben immer wieder naturgemäß Genossen und Genossen durch den Tod verloren. Ersatz dafür gab es wenig, aus der jungen Generation kommt zu wenig nach. Wie lange dieser Zustand tragbar ist, ist die Frage. Infolge der Mitarbeit aller Gruppenmitglieder und Sympathisanten konnten wir – wie festgelegt – im Jahr vier Nummern unseres Agitations- und Informationsheftes *Arbeiterstimme* herausbringen, meistens mit 36 Seiten.

Die inhaltliche Bewertung der Artikel müsste in der Gruppe mehr diskutiert werden, auch welche Themen zu kurz kamen, oder welche Artikel zu langatmig waren. Der Kreis der Schreibenden aus dem Kern der Gruppe sollte aktiviert werden, damit das besondere unserer Zeitschrift nicht schwindet. Nur eine unter vielen linken Zeitschriften zu sein, entspricht nicht unserer Aufgabe, mit der wir angetreten sind. Gegen den Strom zu schwimmen, heißt weiterhin den dialektischen Materialismus zu vertreten, reformistische und ultralinke Auffassungen zurückzuweisen. Wir haben in den letzten Jahren die Zusammenarbeit mit der Gruppe International und der Gruppe Arbeiterpolitik fortgesetzt. Leider gestattete es uns die eigene Überlastung nicht, regelmäßig an den Redaktionskonferenzen der Arpo teilzunehmen. Wir

haben seit einiger Zeit unsere eigene Redaktionsarbeit durch die nun erfolgten Münchner Besprechungen auf eine breitere Basis gestellt.

Hier soll auch einmal die Umbrucharbeit gewürdigt werden, die in München immer kurzfristig und umfangreich geleistet wird.

Unser Sommerseminar in München war wie immer ein Erfolg, wie auch die Diskussionsabende alle drei Monate in Nürnberg. An der linken Literaturmesse werden wir uns wieder beteiligen. Der Broschüren- und Bücherverkauf geht nur noch schleppend. Den Werbeversand mit der Arsti haben wir fortgesetzt; das bleibt unser Hauptaquisationsmittel. Damit haben wir auch die Umschichtung überstanden, die uns durch Tod oder politischen Umbruch bei der Leserschaft tief getroffen hatte. Allgemein ist die inhaltliche Resonanz der Zeitschrift bescheiden geblieben. Das heißt nicht, dass über die Arstiarikel in manchen Zirkeln nicht diskutiert würde. Die Abo-Zahlen dürften sich in der Berichtszeit etwas erhöht haben. Die Zahlungen liegen meist über dem Abopreis, was auch einiges aussagt. „Großspender“ haben wir keine mehr.

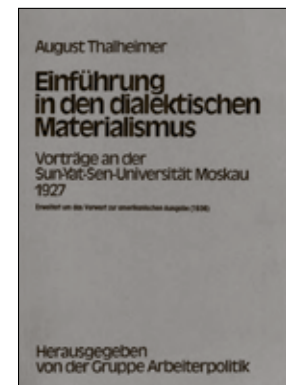
Wir sind finanziell trotzdem wieder über die Runden gekommen.

Wir alle wissen, dass wir einen langen Atem brauchen, bis die Klassenfrage in Deutschland wieder zur materiellen Gewalt wird. Sollen soziale Eruptionen wieder die Kraft für politische Umwälzungen entzünden, dann muss eine geistige Erneuerung

sozialistischer Ansätze vorausgehen. Unser Wirken soll beitragen, die Voraussetzungen dazu zu schaffen. Trotz der sich noch verschlechternden objektiven Bedingungen kommt es weiter darauf an, dass die dünne Kette nicht reißt, der Funke nicht erlischt!

Anzeige

August Thalheimer: Einführung in den dialektischen Mate- rialismus



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

Ehrung für kommunistischen Widerstandskämpfer Karl Wastl



In der ARSTI Nr. 186 (Winter 2014) wurde der in der oberbayerischen Kleinstadt Dorfen geborene und in Oldenburg und in Bremen-Vegesack aktive KPD-Funktionär vorgestellt. Für viele überraschend hat nun der Bau- und Verkehrsausschuss des Stadtrates von Dorfen einstimmig Straßen nach Sophie Scholl und Karl Wastl benannt. Zur Debatte standen weitaus mehr Vorschläge, vorwiegend aus dem christlichen Spektrum. Dass Wastl, der drei Konzentrationslager überlebt hatte, in die engere Auswahl kam, war nicht zuletzt das Verdienst des

SPD-Sprechers im Ausschuss. Dieser würdigte in seinem Beitrag die bisher im Bewusstsein der Öffentlichkeit zu wenig bekannte Rolle des kommunistischen Widerstandes. Außerdem erläuterte er ausführlich Wastls Beitrag anlässlich einer Solidaritätsaktion mit hungernden sowjetischen Kriegsgefangenen. Eine Aktion ("Rote Kuhle") die -von der SS aufgedeckt- vielen politischen Häftlingen das Leben kostete. Der Dorfener Beschluss hat nun eine Bremer Initiative motiviert, auch in Vegesack eine Straßenbenennung nach Karl Wastl anzuregen.



Türkei

Massaker und Staatsterror

Als dieses Referat Ende Oktober gehalten wurde, stand die Türkei kurz vor den zweiten Parlamentswahlen. Bei den ersten Wahlen am 7. Juni 2015 verlor die AKP neun Prozent ihrer Wählerschaft und hatte mit knapp 40 Prozent keine regierungsfähige Mehrheit erreicht. Das lag vor allem am Wahlerfolg der HDP – Demokratische Partei der Völker – ein Wahlbündnis von kurdischen und linken türkischen Organisationen. Die Partei konnte mit 13 Prozent der abgegebenen Stimmen die zehn Prozent-Hürde auf Anhieb überwinden. Damit waren die Pläne von Staatspräsident Erdogan und seiner AKP in der Türkei ein Präsidialsystem nach US-amerikanischem Modell einzuführen gescheitert.

Das war eine Sensation, der Einzug der HDP war zwar erwartet worden, doch nicht so deutlich. Vor allem die Stimmverluste der AKP von fast zehn Prozent fielen unerwartet hoch aus. Ein Teil dieser Stimmen, ca. 3,3 % gingen an die faschistische MHP, der Rest wohl an die HDP.

Dass die HDP so erfolgreich war, lag zum einen daran, dass die AKP wegen ihrer Syrien-Politik und ihres Verhaltens gegenüber den kur-

dischen Selbstverwaltungsgebieten in Syrien unter der konservativen kurdischen Bevölkerung stark an Zustimmung verlor, zum anderen gab es für die säkularen und linken Teile der Bevölkerung mit der HDP eine Partei, die sie weitestgehend ohne große Bauchschmerzen wählen konnten. Eine große Rolle für den Erfolg der Partei spielte auch das weitverbreitete Unbehagen über die zunehmende Verschmelzung der Regierungspartei AKP mit dem Staat und das immer repressivere, Gerichtsurteile ignorierende Vorgehen.

Dass Staatspräsident Erdoğan und seine AKP mit dem Ausgang der Wahlen nicht zufrieden waren, lag auf der Hand. Die für eine Regierungsbildung vorgesehenen 45 Tage ließen sie verstreichen, damit durch Neuwahlen die Ergebnisse in ihrem Sinne korrigiert werden würden.

Den folgenden Wahlkampf führte die AKP sehr aggressiv. Um die an die faschistische MHP verlorenen Wählerinnen und Wähler zurück zu gewinnen, versuchten sie diese an nationalistischem und faschistischem Vokabular noch zu überbieten. Sie mobilisierten ihren Parteimob gegen HDP-Parteibüros und Kundgebungen, griffen miss-

liebige Zeitungsredaktionen und Journalisten an, zerschlugen kurzer Hand ganze Konzerne unter fadenscheinigen Argumenten um deren Zeitungen und Fernsehsender in die Hand zu bekommen. Im Verlauf des Wahlkampfes wurden über 400 HDP-Büros niedergebrannt oder anderweitig zerstört. Auf Kundgebungen und Wahlkampfbüros der HDP wurden Bombenanschläge verübt, mehrere Menschen wurden ermordet.

Am 20. Juli wurden in Suruç an der Grenze zu Syrien durch Selbstmordattentäter 32 Mitglieder einer sozialistischen Jugendorganisation, die für den Wiederaufbau nach Kobanê reisen wollten, ermordet. Daraufhin eskalierten auch die militärischen Kämpfe zwischen der PKK und der türkischen Armee und Sondereinheiten der Polizei. Schon einige Tage später bombardierten türkische Flugzeuge zum ersten Mal seit 2011 wieder PKK-Stellungen im Nordirak.

Verschiedene Berufsverbände, Gewerkschaften und sozialistische und demokratische Parteien forderten auf Kundgebungen und Demonstrationen einen Waffenstillstand und Gespräche für die friedliche Beilegung des Konflikts. Am 10. Oktober starben auf der Auftaktkundgebung

einer Friedensdemonstration in Ankara unter dem Motto „Arbeit, Frieden und Demokratie“ durch zwei Selbstmordattentäter über 100 Menschen. Unter diesen Umständen sagte die HDP alle ihre Wahlkampfveranstaltungen ab, nachdem Sicherheitskräfte gewarnt hatten, dass weitere Anschläge geplant seien. Natürlich richtete sich diese massive Gewalt nur gegen linke Organisationen und kurdische Einrichtungen.

In dieser Situation, in einer Atmosphäre von Gewalt und Angst fanden die Wahlen statt. Die AKP bekam fast 50 Prozent der Stimmen und kann die Regierung alleine stellen. Die HDP und die faschistische MHP verloren an Stimmen, sind aber weiterhin im Parlament vertreten.

Der Krieg im Osten der Türkei eskaliert weiter, viele kurdische Städte

und Gemeinden haben ihre Autonomie erklärt, der türkische Staat antwortete darauf mit der Mobilisierung der Armee und der Verhängung von Ausgangssperren. Ganze Städte werden tagelang von der Außenwelt abgeschnitten und mit schwerer Artillerie und Panzern beschossen. Der Frieden scheint weiter entfernt zu sein, als je zuvor.

Doch ist die Eskalation der Gewalt nicht der einzige Grund für den Erfolg der AKP. Es ist offensichtlich, dass seit über einem Jahrzehnt über 40 Prozent der Menschen in der Türkei keine Alternative zur AKP sehen. Zusammengezählt bekommen die rechten Parteien regelmäßig über 60 Prozent der Stimmen. Das zu ändern bedarf großer Anstrengungen, vor allem muss die türkisch-kurdische sozialistische Linke ihr Augenmerk

wieder verstärkt auf die Arbeiterklasse richten.

20. 12. 2015

Die Wahlergebnisse

7. Juni 2015:

Partei	Stimmen in %	Sitze
AKP	40,8	258
CHP	24,9	132
MHP	16,2	80
HDP	13,1	80

1. November 2015:

Partei	Stimmen in %	Sitze
AKP	49,5	317
CHP	25,3	134
MHP	11,9	40
HDP	10,8	59

AKP: Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung
 CHP: Republikanische Volkspartei
 MHP: Partei der Nationalistischen Bewegung
 HDP: Demokratische Partei der Völker



HDP
 HALKLARIN DEMOKRATİK PARTİSİ

Die AKP war unter anderem in der Absicht zu den Wahlen angetreten ein „Präsidialsystem türkischer Art“ einzuführen. Dafür ist eine Verfassungsänderung notwendig und für diese bedarf es einer 3/5 Mehrheit im Parlament, die die AKP mit 258 gewählten Parlamentarierinnen und Parlamentariern am 7. Juni weit verfehlte. Alle anderen

Parteien wollten von einem Präsidialsystem, nach welcher „Art“ auch immer, nichts wissen. Die größte Gefahr für die angestrebte verfassungsändernde Mehrheit der AKP ging vom Einzug einer vierten Partei ins Parlament aus, weil damit die Sitzverteilung zuungunsten der AKP ausfallen würde. Diese Partei war das Wahlbündnis HDP.

Zu den Parlamentswahlen 2011 war noch ein Bündnis (Emek, Demokrasi ve Özgürlük Bloğu – Block der Arbeit, Demokratie und der Freiheit) mit unabhängigen Kandidaten angetreten. Die stärkste Organisation in diesem Bündnis war die kurdische BDP, daneben hatten sich unterschiedliche sozialistische Parteien, die Grüne Partei, feministische Gruppen und weitere zusammen gefunden. Im Herbst 2013 wurde die HDP gegründet und die Mitglieder des Bündnisses traten in die neugegründete Partei ein. Auf diese Weise bekam die HDP eine Parlamentsfraktion, ohne an Wahlen teilgenommen zu haben.

Die HDP steht innerparteilich vor einigen Problemen. Einerseits versucht sie auch die konservativen (muslimisch-sunnitischen) Kurdinnen und Kurden zu mobilisieren und macht dafür Zugeständnisse bei der Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten. Dies führt zu Konflikten mit alewitischen und säkular-atheistischen Kreisen. Zum anderen wird sie von großen Teilen der türkischen Bevölkerung als eine PKK-Organisation angesehen. Zudem sind ihre Verbindungen zu Gewerkschaften sehr dürftig. Im Grunde genommen ist die Organisation einzig aufgrund der 10-Prozent-Hürde bei den Wahlen entstanden, da die kurdische BDP alleine diese Hürde in absehbarer Zeit nicht überwinden würde. Ihre natürlichen Bündnispartner können nur aus den türkischen sozialistischen Organisationen kommen. Diese aber haben andere Ziele, den Sozialismus. So ist die HDP in ihrer jetzigen Form irgendetwas zwischen Einheits- und Volksfront.

Aufstand der Automobilarbeiter



Im Frühjahr und Sommer 2015 kam es in der Automobil- und Metallindustrie zu einer Reihe von Streiks und Betriebsbesetzungen, mit mehreren zehntausend Beteiligten. Sowohl die Gewerkschaften wie auch die Unternehmer wurden von dieser Streikbewegung überrascht.

Es fing damit an, dass nach gescheiterten Tarifverhandlungen in der Metallindustrie mit der Gewerkschaft Birleşik Metal-İş und dem Unternehmerversand MESS die Gewerkschaftsmitglieder beschlossen zu streiken. Die Unternehmer setzten vor Gericht durch, dass die Urabstimmung auch unter Einbeziehung unorganisierten Arbeiterinnen und Arbeiter in allen betroffenen Betrieben durchgeführt werden muss. Solche Finessen verdankt die türkische Gewerkschaftsbewegung dem 1980er Militärputsch, nach dem die Organisationsfreiheit der Beschäftigten faktisch abgeschafft wurde.

Das Ergebnis der Urabstimmung war eindeutig und entsprach dem, was zuvor die Gewerkschaftsmitglieder beschlossen hatten: eine satte Mehrheit für den Streik. Schon am ersten Tag wurde der Streik von der Regierung wegen „Gefährdung der nationalen Sicherheit“ verboten.

Die Mehrzahl der Beschäftigten in der Türkei arbeitet zum Mindestlohn von zur Zeit ca. 400 Euro. Unter den 1,4 Millionen Metallbeschäftigten

sind nur 233 000 in drei Gewerkschaften organisiert. Auch viele Autofabriken sind gewerkschaftsfrei, so z.B. die der japanischen Unternehmen. Der durchschnittliche (Tarif-) Stundenlohn der AutomobilarbeiterInnen beträgt neun Lira, das sind etwa drei

„Das hat uns überrascht“, sagt Ege Seckin, Analyst bei der Beratungsfirma IHS Consulting. „Wir haben lange gedacht, dass angesichts der Schwäche der Gewerkschaften die Wahrscheinlichkeit für Arbeitsniederlegungen gering wäre.“ AUTOMOBIL PRODUKTION, 5/2015

Euro. Mit diversen Leistungsprämien und Zuschlägen kommen die Beschäftigten in großen Werken auf 1000 – 1500 Euro. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit beträgt 47,7 Stunden, in der Metallindustrie 45 Stunden.

Angesichts dieser miserablen Löhne wurde die Tarifbewegung der Gewerkschaft Birleşik Metal-İş von allen Beschäftigten der Metallindustrie aufmerksam beobachtet. Zuvor hatte in der Automobilindustrie eine andere, die gelbe aber größte Gewerkschaft, Türk-Metall eine Lohn-erhöhung unter der Inflationsrate mit dreijähriger Laufzeit beschlossen. In dieser angespannten Situation konnten die ArbeiterInnen bei Bosch in einem Haustarifvertrag eine weit

kräftigere Lohnerhöhung mit „nur“ zweijähriger Laufzeit durchsetzen.

Das war das Signal. Mitte Mai stellte die Spätschicht bei Renault die Arbeit ein und besetzte die Fabrik, die Nachtschicht kam dazu und schloss sich den Kollegen an. Ihre Forderung: ein neuer Lohnvertrag und keine Entlassungen wegen des Streiks. Die Unternehmer lehnten dies ab mit der Begründung, dass der gerade mit der Gewerkschaft Türk Metall beschlossene Vertrag bis 2018 gültig sei. Auch die Frühschicht schloss sich den Streikenden an, die Arbeiter beschlossen aus der Gewerkschaft Türk Metal auszutreten.

In den nächsten Tagen schlossen sich den Renault-Arbeitern immer mehr Beschäftigte aus der Automobil- und Metallindustrie an. Innerhalb von wenigen Tagen waren tausende Metallarbeiterinnen und -arbeiter im Ausstand, treibende Belegschaft blieben dabei die Arbeiter von Renault. In kürzester Zeit traten tausende Arbeiterinnen und Arbeiter aus der gelben Gewerkschaft Türk Metal aus, organisierten sich aber erstmal nicht in einer anderen Gewerkschaft. Es müsse erstmal gründlich in den Betrieben diskutiert werden, ob und welche Gewerkschaft in Frage käme, oder sogar die Gründung einer eigenen Gewerkschaft.

Die Organisierung, vor allem der Renault-Arbeiter war vorbildlich:



sie bildeten sofort einen Streikrat, der aus Sprechern der einzelnen Abteilungen bestand, die von den Arbeitern in Vollversammlungen gewählt wurden. Nach jeder Verhandlung mit den Unternehmern kehrten die Sprecher zu ihren Abteilungen zurück, berichteten ihren Kollegen und nahmen deren Vorschläge für das weitere Vorgehen mit, das wiederum im Streikrat gemeinsam diskutiert und beschlossen wurde. Von Anfang an war klar, es gibt mit den Unternehmern nur Vereinbarungen, die in der gesamten Belegschaft diskutiert wurden und denen sie zugestimmt hat.

Auch während der Besetzung war die Organisation des Streiks sehr genau ausgearbeitet: neben der notwendigen Organisierung von Lebensmitteln und dem Kontakt mit

anderen im Ausstand befindlichen Betrieben wurde jeder, der in den Betrieb wollte, kontrolliert. So konnte einerseits jegliche Provokation unterbunden und außerdem der Beschluss umgesetzt werden, dass über die Fortführung der Kampfmaßnahmen nur die Belegschaftsmitglieder mitreden dürfen. Betriebsfremde, egal ob sie der gelben Gewerkschaft oder solidarischen Organisationen angehörten, mussten draußen bleiben.

Nach einigen Wochen endeten die Streiks mit Zugeständnissen der Unternehmer in unterschiedlicher Höhe, je nach Entschlossenheit der Belegschaft. Druck wurde von allen Seiten ausgeübt: die Funktionäre der Gewerkschaft Türk Metal versuchten mit Drohungen, Versprechen aber

auch mit Gewalt den Streik zu unterdrücken. Die Unternehmer waren in der Regel schlauer und machten schon nach wenigen Tagen, als sie erkennen mussten, dass der Streik nicht zu brechen ist, Angebote für höhere Löhne. Es gab aber auch Konzerne, die versuchten mit Entlassung des Sprecherrates und dessen Verhaftung den Widerstand zu brechen. Die Kolleginnen und Kollegen reagierten darauf mit der Ankündigung, den Streik so lange fortzusetzen, bis die Entlassenen wieder eingestellt werden.

Der Streik war aus verschiedenen Gründen bemerkenswert:

- Zum einen war dies ein Streik, den tausende von Beschäftigten selbstständig organisiert und durchgeführt haben – nicht nur gegen ihre Unternehmen sondern auch gegen ihre eigene Gewerkschaft.

- Der Ausstand war gut vorbereitet, sowohl die Unternehmen, wie auch die Gewerkschaften und die Repressionsorgane waren vollkommen überrascht.

- Die Streikenden haben sich in allen Betrieben in Räten organisiert.

- Und vielleicht das wichtigste: die Streikbewegung fand in einem Industrieviertel statt (vor allem in Bursa und Kocaeli), wo die Beschäftigten eher als konservativ und nationalistisch gelten.

20. 12. 2015

In der Metall Branche organisierte Gewerkschaften



Türk Metal-İş, Mitgliederzahl: 177 000; Mitglied im Dachverband Türk-İş. Es gibt Meinungsverschiedenheiten darüber, ob diese Organisation eine Mafia- oder nationalistische Bande oder nur eine gelbe Gewerkschaft ist. Im Logo dieser Organisation befindet sich ein Wolf im türkischen Halbmond.



Çelik-İş, Mitgliederzahl 29.000; Mitglied im Dachverband Hak-İş, AKP-nahe gelbe Gewerkschaft.



Birleşik Metal-İş, Mitgliederzahl 27.000, Mitglied im Dachverband DISK, hat den Anspruch eine „demokratische, klassenkämpferische Gewerkschaft“ zu sein.

Jeremy Corbyn zum neuen Parteichef der Labour Party gewählt



Der Rücktritt von Ed Miliband als Parteivorsitzender von Labour infolge der desaströsen Wahlniederlage im Mai setzte eine Bewegung in Gang, wie man sie in Großbritannien bisher noch nie gesehen hat. Sie führte zu einem großen Sieg des linken Sozialisten Jeremy Corbyn. Er erhielt 59,5% der Stimmen der 554.000 Abstimmenden und schlug drei Kandidaten aus dem Blair-Lager. Die rechteste von ihnen, Liz Kendall, erhielt nur 4,5% der Stimmen. Alle boten dieselbe Austeritätspolitik an, die zur Wahlniederlage im Mai geführt hat. Die Blair-Anhänger glaubten doch tatsächlich, dass Labour zu weit links aufgestellt war und sich zu sehr auf die Arbeiterklasse konzentriert hätte und nicht auf die „*aspirierten Klassen*“, als ob die Arbeiter keine Aspirationen hätten.

New Labour hatte auf Menschen außerhalb seiner traditionellen Basis abgezielt. Sie hatte Werte und Attitüden der Mittelklasse angenommen und Individualismus höher gehalten als kollektive Lösungen. Sie übernahm eine neoliberale Wirtschaftspolitik. Blair hatte, mit seinem Charisma und seiner öligen Art, in der Öffentlichkeit aufzutreten, breite Zustimmung bis zum Irakkrieg. Gordon Brown ersetzte ihn; aber ihm fehlte Blairs Talent für die Medien, Er sah sich bald mit den Auswirkungen der Finanzkrise und der Bankenkrise konfrontiert. Labour wurde dafür

und für zu hohe Ausgaben verantwortlich gemacht, was sie nicht ernsthaft bestreiten konnten. Als 2010 die Wahlen anstanden, hatte sie keine Identität mehr. Öffentlichkeitsarbeit allein genügte nicht mehr.

Die Unterstützung der von den Tories geführten Koalition und ihre Führungsrolle bei der Kampagne gegen die Unabhängigkeit in Schottland führte zur Zerstörung ihrer traditionellen Anhängerschaft. Sie schwenkte um zu den Nationalisten, nicht aus Nationalismus, sondern weil die SNP eine sozialdemokratische Politik verfolgt und ein Schutzschild gegen die Herrschaft durch London und deren Austeritätspolitik ist. Die traditionelle Unterstützung für Labour ist während der Regierungsjahre von New Labour weggebrochen, da die Menschen aus der Arbeiterklasse sich seit 1997 von ihnen mißachtet fühlen.

Miliband änderte das System, wie der Parteiführer gewählt wird. Der Grund war, dass er von „Progress“, den Anhängern von Blair, die durch Unternehmer finanziert werden, unter Druck gesetzt wurde. Die hatten protestiert, weil ein Funktionär der Gewerkschaft „Unite“ als Kandidat in Falkirk aufgestellt worden war. Sie behaupteten, Schottland wende betrügerische Methoden an (eine Untersuchung fand nichts dergleichen). Miliband änderte also das Wahlsystem in „one member, one vote“, [d.h. „ein Mitglied, eine

Stimme“]. Seit 1981 hatte ein Wahlgremium aus Gewerkschaften, Parteimitgliedern und den Parlamentsabgeordneten den Vorsitzenden gewählt. Das war das Ergebnis einer langen Auseinandersetzung um [mehr] innere Demokratie, die auch dazu führte, dass die Abgeordneten sich nun bei jeder Wahl als Kandidaten [parteiintern] zur Auswahl stellen mußten, statt [wie bisher] „einen Job fürs Leben“ zu haben, was es unmöglich machte, Karrieristen zu ersetzen. Bis dahin hatten, seit Gründung der Partei, die Parlamentsabgeordneten von Labour den Parteiführer gewählt.

Ebenso wie die Parteimitglieder wählen, so können auch Gewerkschafter und Unterstützer von Labour, wenn sie ein paar Pfund zahlen, das Stimmrecht erhalten. Die Vorstellung, die dahinter steht, ist, dass die Mitglieder dazu tendierten, „extremistisch“ zu sein, während die Unterstützer gemäßigt seien. Die Satzung von Labour hat immer versucht, die Parlamentarier bzw. die Regierung vor den Mitgliedern zu schützen. Die Auflösung/Aufspaltung [Auslieferung ... an] der Partei in ihre Unterstützer sollte das sichern – aber das Gegenteil geschah!

Blair begrüßte Milibands Reform. Er bedauerte, dass er nicht mutig genug gewesen war, es selber zu tun, obwohl er jede innere Demokratie beseitigt hatte und die Macht um sich selbst herum gruppiert hatte. Sein Ziel war immer gewesen, die Labour Party in eine Kopie der Demokraten in den USA zu verwandeln, wo keine fundamentalen Unterschiede zu den Republikanern bestehen und sich Unterstützer nur versammeln, um Kandidaten auszuwählen. Dann haben sie keinen weiteren Einfluß auf die Politik mehr.

Die Abgeordneten von Labour stellen immer noch die Kandidaten für die Führung auf. Corbyn hatte nicht genug Nominierungen, bis einige Rechte ihn unterstützten, um den Anschein einer demokratischen Wahl zu erwecken. (Seit 1945 war

die Linke noch nie so schwach im Parlament vertreten. Abgeordnete aus der Arbeiterklasse sind nahezu verschwunden. Sie wurden ersetzt durch Karrieristen aus der Mittelklasse, die noch nicht lange die Universität verlassen haben, etc.)

Zwei der Kandidaten aus dem Blair-Lager waren in der Regierung gewesen. Ich erwartete, dass sie sich nach links bewegen würden, die übliche Bewegung eines Karrieristen, um Unterstützung zu gewinnen. Aber sie präsentierten „more of the same“ [„das selbe noch einmal“], was zeigte, wie wenig sie Kontakt mit normalen Menschen hatten. Corbyn reiste im ganzen Land herum. Er sprach auf Versammlungen vor Hunderten und Tausenden. Es mußten zusätzliche Räume beschafft werden und Lautsprecher für die Leute, die nicht mehr in die Hallen hineinkamen. Die drei anderen Kandidaten hatten nur einen Bruchteil der Unterstützung wie Corbyn und erhielten so kaum Beachtung.

John McDonnell, Corbyns Schatten-Finanzminister, hat anscheinend eine Person gebeten, die vorher für ihn gearbeitet hatte, sich um Corbyns Wahlkampf in den Sozialen Medien zu kümmern. Das spielte eine Schlüsselrolle bei seinem Erfolg. Besonders junge Leute kamen in Scharen zusammen, um Corbyn zu hören. Es gefiel ihnen, was er sagte und sie traten der Labour Party als Mitglieder oder Unterstützer bei. Sie sehen ihn als ursprünglich/echt, als einen Mann/Menschen mit Prinzipien/Grundsätzen – seine Gegner erzählten, wie er einer der größten Rebellen im Parlament war, die es jemals gab – nicht wie die Politiker im allgemeinen, die „Lügner“, „unglaubwürdig“, „nur auf ihren eigenen Nutzen bedacht“ sind etc. Viele dieser Jungen hatten nicht gewählt, weil sie keine der beteiligten Parteien leiden konnten. Frühere Mitglieder von Labour, die in der Zeit von Blair ausgetreten waren, traten wieder ein. Es wurden T-Shirts mit dem Slogan „Jazz we can“ verkauft. (Die Jungen kürzen die Vornamen ab und fügen oft ein „zz“ oder ein „zza“ an; so wurde „Jazza“ geboren. Der Slogan knüpft natürlich an Obamas „Yes we can“ an.)

Es war sehr schnell klar, dass Corbyn gewinnen würde. Die Blair-

Anhänger denunzierten all seine Ansichten und gruben all seine Taten in der Vergangenheit aus, die darin bestanden, dass er jede mögliche linke Sache unterstützt hatte/???. Sie forderten sogar, dass die Wahl annulliert werden solle. Blair selbst denunzierte Corbyn bei drei Gelegenheiten. Vor dem dritten Mal enthüllte er, dass seine Freunde ihm geraten hatten, es nicht zu tun, weil das nur noch mehr Leute ermutigen würde, für Corbyn zu stimmen! Ein riesiger Apparat mit hunderten von Computern wurde gesammelt, wo man die Ansichten und Taten jener nachschauen konnte, die Labour beitraten, um Corbyn zu unterstützen. Allen möglichen bekannten linken Persönlichkeiten wurde die Mitgliedschaft bei Labour verweigert, einschließlich des Filmregisseurs Ken Loach, mit der Begründung „sie teilen nicht die Ziele und Werte der Labour-Partei“. Als ob irgend jemand nach all den Jahren von New Labour noch wüsste, was „die Ziele und Werte“ eigentlich noch sind!

Die Medien waren massiv voreingenommen gegenüber Corbyn. Seit seinem Sieg haben sie eine widerwärtige Kampagne von Charakter-Ermordung fortgesetzt. Führende Blair-Anhänger sprachen davon, sich von Labour zu trennen und sie weigerten sich, in Corbyns Schattenkabinett mitzumachen. Er wurde dafür angegriffen, Frauen zu unterstützen/(protegierten) – die Feministen machten bei diesem Angriff mit – die 16 von 30 Posten erhalten hatten. Das war anscheinend nicht genug.

Seit Corbyns Sieg sind zehntausende der Labour Party beigetreten. Mehr als 2.000 traten nach seiner Rede als Parteiführer bei der Eröffnung der jährlichen Labour-Konferenz bei. Über 100.000 neue Mitglieder und Unterstützer traten ein, um für Corbyn zu stimmen. Eine Bewegung von „Corbynisten“ wird organisiert, um weiter für eine alternative Politik zu der der Tory-Regierung zu kämpfen. Einige der kleineren linken Parteien lösen sich auf und treten Labour bei. Grundsätzlich haben wir eine neue Partei, die nicht die gleiche ist wie die, die die Wahlen im Mai verloren hat. Aber Corbyn hat die ganze Macht/das ganze Gewicht der herrschenden Klasse und ihrer Medien gegen

sich. Es wird Kämpfe gegen die Regierung geben, aber dieses Mal wird die Labour Party ein Teil davon sein und nicht abseits stehen, wie sie es die letzten 35 Jahre gemacht hat. Es schaut so aus, als würden wir auf „interessante Zeiten“ zugehen/kämen ... auf uns zu.

m. j.

Anzeigen

Die Potsdamer Beschlüsse

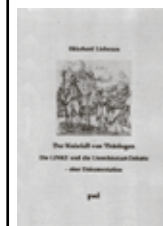
Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950. 32 Seiten, Broschur. 1,50 €.



Bestelladresse:
T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Ekkehard Lieberam

Der Kniefall von Thüringen Die LINKE und die Unrechtsstaat-Debatte



25 Jahre nach der Wende hat sich die Partei Die Linke den politisch-moralischen Kampf begriffen der Sieger im Kalten Krieg gegen den Realsozialismus unterworfen. Die vier Vertreter der LINKE in den Sondierungsgesprächen über eine Regierungskoalition in Thüringen haben am 23. September 2014 sowohl der Kriminalisierung der DDR als „Unrechtsstaat“ als auch den Forderungen von Bündnisgrünen und SPD, nun mit dessen „Aufarbeitung“ so richtig loszulegen, zugestimmt.

72 Seiten, 5.- Euro, Staffelpreise bei Direktbestellung: ab 5 Expl. 4.50/ab 10 Expl. 4.- Euro
pad-Verlag, Am Schlehdorn 6
59192 Bergkamen, pad-verlag@gmx.net

Pegida, AfD – Sie hetzen weiter



Anfang August des Jahres schien die Pegida-Bewegung schon fast in der Bedeutungslosigkeit zu versinken. Das galt auch in Dresden. Von Montag zu Montag gingen die Teilnehmerzahlen der „Patrioten“ bei ihren „Montagsspaziergängen“ zurück. Auch die AfD litt zu diesem Zeitpunkt deutlich an „Schwindsucht“: Mitte Oktober lag sie bei Umfragen gerade noch bei drei Prozent. Die bürgerliche Presse, wie beispielsweise *Die Zeit* jubelte, „die AfD zerlegt sich“. Das war allerdings ein voreiliges Urteil.

Denn in der Folgezeit kam es zu dem großen Flüchtlingsstrom in Richtung Nordeuropa. Das Ziel vieler Flüchtlinge war und ist Deutschland. Offensichtlich glaubten glauben diese Menschen hier eine sichere Existenz zu finden und willkommen zu sein. Das wenigstens suggerierten ihnen die Bilder vom Münchner Hauptbahnhof, wo die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung sichtbar wurde und auch das Kanzlerinnenwort „Wir schaffen das“ wird dazu beigetragen haben, Deutschland als Fluchtziel zu wählen. Die Hilfsbereitschaft gibt es zwar immer noch, doch inzwischen wird immer deutlicher die hässliche Fratze Deutschlands sichtbar. Fast täglich gibt es rassistische und neofaschistische Angriffe auf Asylbewerber und deren Unterkünfte. Steinwürfe, Brandanschläge sind an

der Tagesordnung. Die OB-Kandidatin der Kölner CDU wird bei einem Angriff niedergestochen und überlebt schwerverletzt; Morddrohungen gegen Unterstützer und Politiker der etablierten Parteien, Kirchenvertretern und Journalisten werden gemeldet.

Diese Entwicklung findet in ganz Deutschland statt. Anfang November sind insgesamt 580 (!) Übergriffe auf Asylbewerber und deren Unterkünfte gemeldet. Der braune, rassistische Mob verspürt Aufwind. Augenfällig ist dabei der deutsche Osten. Die AfD und Pegida bringen tausende gegen die Flüchtlinge auf die Straße. Und hier brennen Unterkünfte von Asylbewerbern besonders häufig, kommen Angriffe auf Flüchtlinge überdurchschnittlich oft vor. Dabei steht Sachsen an der Spitze der rassistischen Gewalttaten und besonders Dresden und Umgebung rückt immer wieder in den Focus.

Die Ausschreitungen und Angriffe auf Flüchtlinge gingen durch die Medien. Heidenau, Freital, Meißen, Freiberg machten bundesweit Schlagzeilen.

Ende August finden Ausschreitungen vor dem Flüchtlingsheim in Heidenau statt. Die Polizei schaut hilflos zu und prügelt schließlich auf die Antifa ein.

In Freital machen Nazis und selbsternannte „Bürgerwehren“ seit

Monaten in aggressiver Weise Stimmung gegen Flüchtlinge. Die Polizei nimmt vier Tatverdächtige fest und findet Spreng- und Brandvorrichtungen. Nach Anschlägen auf ein Flüchtlingsheim in Freital und ein linksalternatives Wohnprojekt in Dresden geht die sächsische Polizei gegen eine Gruppe rechter Gewalttäter vor. In Freital häufen sich die Anschläge mit Sprengstoff. Briefkästen von Flüchtlingshelfern wurden gesprengt. Bei Durchsuchungen werden unter anderem Sprengkörper gefunden. Mitte Oktober wird ein Anschlag auf ein linksalternatives Wohnprojekt in Dresden mit Sprengsätzen und Buttersäure verübt.

Das Auto des Linken-Stadtrats Michael Richter fliegt in die Luft, kurze Zeit später gibt es einen Anschlag auf das Büro der Linkspartei. „Versicherungsbetrug“ spottete die „Bürgerwehr“ im Internet.

In Meißen, Freiberg kommt es zu Randalen vor Flüchtlingsunterkünften. In Dresden wird tagelang eine geplante Flüchtlingsunterkunft blockiert. Die Polizei schaut drei Tage lang tatenlos zu.

Alle aufgeführten Orte liegen, was viele nicht wissen, in unmittelbarer Nähe zu Dresden. Aus diesem Umland kommt der harte Kern der Pegida. Aber auch in der Stadt gibt es ein großes rechtsradikales Potential. Bei der jüngst stattgefundenen OB-

Wahl, erreichte die Pegida-Kandidatin Festerling 9,6 Prozent der Stimmen, der AfD-Kandidat 4,8. Umfrage besagen, dass bei künftigen Wahlen die AfD und NPD in Sachsen auf rund 17 Prozent der Stimmen kommen würden. Inzwischen marschiert Pegida wieder Montag für Montag mit einer Teilnehmerzahl von 8.000 bis zu fast 20.000.

Die antifaschistischen und demokratischen Kräfte können den braunen Umtrieben nur wenig entgegensetzen. Zwar demonstrieren die Aktivisten ebenfalls jeden Montag gegen die Pegida, doch bleiben sie deutlich sichtbar in der Minderheit. Lediglich am 9. November, gelang es einem Bündnis rund 8.000 Gegendemonstranten zu mobilisieren. Damit lag es ungefähr gleichauf mit der Teilnehmerzahl von Pegida. Die Frage ist deshalb, warum in Dresden die Pegida so deutlich erfolgreich ist, während sie in anderen Städten (auch in Sachsen) oftmals kaum einen Fuß auf den Boden bringt?

Einer der Gründe für das reaktionäre Potential in Dresden liegt sicher darin, dass über 20 Jahre lang durch die konservative Stadt- und Landesregierung dieses Potential regelrecht gezüchtet wurde. Seit dieser Zeit finden in Dresden regelmäßig Naziaufmärsche statt, wie zum Beispiel zum Jahrestag der Bombardierung. Dem setzte lediglich das *Bündnis Dresden nazifrei* wirklichen Widerstand entgegen, indem es dazu aufrief die Nazis zu blockieren, was dann auch erfolgreich geschah. Niemals wurde dieser Widerstand von der Stadtratsmehrheit und dem Oberbürgermeister unterstützt. Im Gegenteil: die Aktionen wurden als linksradikale Gewalt kriminalisiert. Für die Stadtspitze war klar, und diesen Eindruck vermittelte sie auch stets nach außen: Der Feind steht links!

Aber da Dresden im Blickpunkt des öffentlichen Interesses stand sah man sich gezwungen, etwas zu tun. Die Stadtspitze rief zu einer friedlichen Menschenkette fernab der Naziroute auf, die anschließend mit großem Tamtam als Erfolg gefeiert wurde. Tatsache aber ist, dass man am liebsten gar nichts gemacht und die Naziaufmärsche einfach totgeschwiegen hätte. In Dresden feiert so der deutsche Gartenzwerg fröhliche Urstände. Darin unterscheidet sich

Dresden von anderen Städten, auch von sächsischen! In Chemnitz und Leipzig reihen sich die Oberbürgermeister in die Bewegung ein und unterstützen diese in der Mobilisierung des Widerstandes, was dazu führt, dass die Pegida-Ableger oder die AfD bei ihren Auftritten fast immer in der Minderheit sind.

Die Haltung der Stadtspitze in Dresden hat Auswirkungen. Sie führt dazu, dass die „schweigende Mehrheit“ in Dresden noch eindringlicher „schweigt“ als anderswo. Die Verantwortlichen der Stadt weigern sich, sich gegenüber Pegida und den Nazis eindeutig politisch zu positionieren. Sie ziehen sich auf Formalien zurück und ermuntern so diese Bewegungen in ihrem Tun. So stellte der Oberbürgermeister am 9. November den Theaterplatz den Pegidaleuten zur Verfügung, wohl wissend, dass es einer der ersten Plätze war, der ehemals in Adolf-Hitler-Platz umbenannt wurde. Dagegen gab es eine kurzfristig organisierte Online-Aktion, in der mehr als 90.000 Menschen gegen diese Erlaubnis protestierten. Das nützte wenig. OB Hilbert berief sich auf die Meinungsfreiheit – auch für Pegida – und ging zur Tagesordnung über. Wirkliche Sorgen macht Hilbert alleine das schlechte Image, das Dresden inzwischen hat. Verursacht durch die negativen Schlagzeilen sind inzwischen die Besucherzahlen der Stadt und damit auch die Umsätze deutlich zurückgegangen. Dem will er im Frühjahr mit einer bundesweiten Charmeoffensive zugunsten Dresdens begegnen. Was soll man dazu noch sagen?

Natürlich ist klar, dass das Verhalten der Stadtspitze alleine keine reaktionäre Bewegungen erzeugt. Dazu bedarf es einer materiellen Grundlage. Aber sie kann eine solche Bewegung durchaus beeinflussen und durch ihr Handeln oder Nicht-Handeln fördern. Und über Dresden und Sachsen hinaus beteiligen sich immer mehr an der Beförderung der rechtspopulistischen Bewegungen. Allen voran die CSU mit ihren Scharfmachern Seehofer, Herrmann und Söder. Aber nicht nur die. Bis weit hinein in die CDU schließt man sich der CSU-Meinung an, auch wenn man sich oft nicht getraut, dies offen auszusprechen.

Die fremdenfeindlichen Forderungen und Positionen der etablierten Parteien zur Flüchtlingsproblematik werden von den Pegida- und AfD-Leuten freudig aufgenommen. Das ist es doch, was sie schon lange fordern: Grenzen zu und Ausländer abschieben. Die Politik geht auf sie ein und bewegt sich auf sie zu! Das ist ihr Erfolg und motiviert sie weiter zu machen, in den Forderungen unanständiger zu werden, die Hetze zu verstärken.

Wie es weiter gehen wird, kann augenblicklich niemand konkret sagen. Die Terroranschläge von Paris sind europaweit Wasser auf die Mühlen der reaktionären Kräfte. Die Vorbereitungen zur Verschärfung des Krieges im Nahen Osten sind in vollem Gange. Deutsche Soldaten werden sich daran beteiligen. Begleitet werden die Vorbereitungen von dem Abbau demokratischer Rechte im Inneren. Die Probleme allerdings werden dadurch nicht gelöst, sondern verschärft. Neue Flüchtlingsströme werden ausgelöst und lassen sich mit Sicherheit nicht von einem abgeschoteteten Europa aufhalten.

Pegida und AfD werden vermutlich auf lange Sicht einen gut gedüngten Nährboden für ihre Hetz- und Hass-Tiraden vorfinden. Trotz alledem: die Entfesselung des Ressentiments muss zurückgewiesen werden. Dazu gehört, dass die Linke die Ursachen von Krieg und Flucht klar benennt. Dass es eben nicht der Islam ist, der uns bedroht, sondern die Destabilisierungs- und Kriegspolitik der USA, EU und der Nato. Und bedroht werden wir weiterhin nicht durch Flüchtlinge die nach Deutschland kommen, sondern durch eine instabile Arbeitswelt, die dafür sorgt, dass immer mehr Menschen in prekäre Lebensverhältnisse gedrückt werden, ohne die Chance, jemals wieder aus diesen herauszukommen. Und bedroht werden wir von ökologischen Katastrophen, wie dem Klimawandel, dem die herrschenden Klassen nichts als hohles Geschwätz entgegensetzen. Das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem bietet der Menschheit keine Zukunft mehr. Das wird immer deutlicher. Pegida und AfD ist die reaktionäre Antwort darauf. Eine Antwort allerdings, die wir nicht akzeptieren dürfen und werden.

70 Jahre atomare Bedrohung

Atomrüstung, Politik mit Atomwaffen, Kalter Krieg, Teil II



Atomenergie und Atomwaffen - kleines Atom-ABC

Atomenergie und Atomwaffen stellen zwei Medailleseiten der Nutzung der Kernspaltung dar, um eine große Menge Energie freizusetzen. Zwei Wege führen vereinfacht gesagt zur Atombombe (Uran-/Plutoniumbasis): Vom Uranabbau als Erz geht es zunächst über die Uranreinigung (Uranoxypulver, „yellow cake“) zur Urananreicherung als gemeinsame Grundvoraussetzung; von da geht es entweder direkt weiter zur Bombenherstellung und bei Einsatz zu Zerstörung, Fallout, Verseuchung/Strahlung etc. oder zum Atomreaktor; vom Atomreaktor wiederum führt der Weg über konventionelle Dampfturbinen zur Energieerzeugung und einer als Zwischenschritt zur Wiederaufbereitung (abgebrannte Brennstäbe); von der Wiederaufbereitung führt je ein Weg weiter wieder zur Bombe und/oder zum Atom Müll (abgereicherte, noch immer strahlende Spaltprodukte); vom Reaktor führt ebenfalls ein Weg zum Atom-

müll in Zwischen- oder Endlagerung, verharmlosend auch „Entsorgung“ genannt. Das Ganze stellt stark schematisiert die nukleare Kette dar. Es gibt keinen immer wieder fälschlich behaupteten Atom-Kreislauf, Fallout und Müll sind das unvermeidliche Ende der offenen Kette. Atombomben gibt es auf der Basis von Uran oder Plutonium (die erste Trinity-Testbombe und die Nagasaki-Bomben waren Plutoniumbomben). Das Problem bei der Urananreicherung ist die Frage nach der Menge angereicherter Materials und den dazu benutzten Verfahren. Dies war z. B. auch der entscheidende sachbezogene Aspekt im Streitfall bei den langwierigen politischen Verhandlungen mit dem Iran, die erst jüngst zu einem beiderseitigen Abkommen führten, das von Israel wie zu erwarten scharf kritisiert und abgelehnt wird.

Bei der Urananreicherung findet eine sog. Isotopentrennung statt; Atome bestehen aus einem Kern aus Protonen und Neutronen und einer Hülle aus Elektronen (verantwortl. vor allem für chem. Eigenschaften); es können sich Neutronen aus dem Kern

frei setzen, dabei entstehen Isotope des selben Elements Uran mit identischen chemischen, aber z. T. sehr unterschiedlichen kernphysikalischen Eigenschaften; dies macht sich die Kernwaffen- und Reaktortechnik jeweils zu nutze; nur zu einem sehr geringen Prozentsatz von 0,7 kommt als Uran das Isotop U-235 vor, zu ca. 99,3 das Isotop U-238; als äußerst kettenreaktionsfreudig stellte sich nur das Isotop U-235 heraus, während das Isotop U-238 träge und reaktionsschwach bleibt, also nur schwer spaltbar ist und sich für Bombe oder Reaktor nicht eignet; für einen Reaktor bedarf es eines Anteils von 3-5 %, für eine Bombe ca. 90 % des Isotops U-235, um zu einer sog. kritischen Masse zu gelangen; der Anfall an gewünschten Isotopen wird durch Isotopentrennung erreicht bzw. erhöht, d. h. es wird Uran angereichert, wofür es zwei geläufige Verfahren gibt: die Gasdiffusion unter hohem Energieeinsatz in großen Anlagen und die Gaszentrifugierung mit etwa nur 1/50 an Energiebedarf der Diffusion; das langwierigere Zentrifugieren mit geringerem Ertrag

ist gleichzeitig das billigere, Energie sparende Verfahren; man braucht also zu erhöhtem Ertrag ggfs. mehr zusammen gekoppelte Zentrifugen usw.; bereits hier entscheidet sich und lässt sich erkennen, ob es jemand in einem absehbaren Zeitraum „nur“ auf eine Reaktor- oder aber (auch) die Bombennutzung abgesehen hat; für eine Bombe auf Uran-235 (od. dem anderen Spaltstoff Plutonium Pu-239) Basis braucht man in einer längs- oder kugelförmigen Anordnung zusätzlich zum spaltbaren Material eine herkömmliche Sprengladung TNT, für den Beschuss eine Neutronenquelle; durch die zusammen schießende Zündung des Sprengstoffs wird der Vorgang aktiviert, der über die kritische Masse zur unkontrollierten Kettenreaktion mit riesiger Energiefreisetzung führt; beim Reaktor ist das Prinzip das gleiche, nur wird hier die Kettenreaktion kontrolliert gehalten durch Kühlkreislauf und eine Leiter-, bzw. Steuerungssubstanz (Graphit, schweres Wasser etc.); der Reaktor darf sich nicht überhitzen und außer Kontrolle geraten, sonst kommt es zum Gau/ Supergau (Kernschmelze, „China-Syndrom“). Die erst später entwickelte Wasserstoffbombe stellt eine kompliziertere Weiterentwicklung dieses Prinzips dar, die eine noch viel größere Sprengkraft und radioaktive Strahlung verursacht; wegen ihrer schieren Größe, des Gewichts und weiterer technischer Handicaps (z. B. Kühlvorgänge) galt sie lange als nur schwer handhabbar, vor allem aber nicht transportierbar; sehr vereinfacht gesprochen wird dabei in einer Anordnung eine A-Bombe mit einem Fusionssprengstoff aus kettenreaktiven Wasserstoffisotopen kombiniert und beides gegeneinander explosiv gezündet (Infos und Darstellung z. T. nach atomwaffenaz.info). Die Atombombentechnik, die sich hier schematisch noch relativ überschaubar ausnimmt, ist in Wirklichkeit ein hoch differenzierter und komplizierter Vorgang, an dem noch weitere chemische Stoffe, kombinierte technische Funktionsweisen und Zündmechanismen beteiligt sind, die im Lauf der Jahrzehnte immer weiter entwickelt wurden und zur Perfektion reiften. Atomwaffen brauchen heutzutage nicht mehr grundsätzlich neu entwickelt, sondern können durch Veränderung von Parametern

(Festgrößen) „modernisiert“, werden. D. h. ihre Einsatzdoktrin wird auf die aktuelle politische Lage ausgerichtet, ihre Technologie nach Bedarf an den neuesten Stand von Materialverwendung und Funktionsweise (Reichweite, Trägersystem, Treffgenauigkeit, Sprengkraft) modifiziert angepasst. Bei den Abkommen und Verträgen geht es zumeist nur um die Regulierung der Anzahl bzw. das Verbot von Systemen, z. B. von Mittelstreckenraketen. Weniger Waffen bedeutet in der Regel größere Effektivität des verbleibenden Potenzials.

Mit dem oben dargestellten einfachen Schema lässt sich im Grunde die ganze Atomreaktor- und Bombentechnik durch deklinieren und auch die unterschiedlichen Bedingungen und Voraussetzungen beim ersten Bau der Atombombe durch die USA und den Anstrengungen Nazi-Deutschlands, zu einem Atomreaktor zu gelangen, erklären und besser verstehen. So konnten die Deutschen unter erschwerenden äußeren Kriegsbedingungen, bei nur Minimaleinsatz an Technik und Personal, nachrangiger Staatspriorität der Forschung und Entwicklung gegenüber anderen „Geheimwaffen“ und nur begrenzt verfügbaren Ausgangsmaterialien (Uran, Isotope, Schwerwasser) zu keiner fertigen Bombe gelangen und arbeiteten vorrangig ganz überwiegend an einem Reaktor (Uranbrenner). Die Amerikaner dagegen konnten dies alles anders und besser machen. Das militärisch straff geführte Manhattan-Projekt hatte oberste Staatsgeförderte Priorität. Man konnte weitab in der Gebirgswüste New Mexicos und anderswo ungestört arbeiten. Man tat dies insgesamt in einem gigantischen industriellen Ausmaß mit genügend vorhandenem Uran/Plutonium bei der Anreicherung und Isotopentrennung etc. mit weit über hunderttausend beteiligten Menschen und am Ende Kosten von über 2 Mrd. Dollar (nach heutiger Valuta über 20 Mrd. USD). Und man hatte mit den viermotorigen B 29-Bombern „Superfestung“ leistungsfähige Langstreckenflugzeuge mit großer Reichweite und Tragkraft, während deutsche Raketenentwickler in Fortsetzung der V2 bereits an Plänen für eine Interkontinentalrakete mit Nu-

klearsprengsatz arbeiteten, wozu es aber bis Kriegsende nicht mehr kam (siehe dazu *Arbeiterstimme* Nr. 187).

Deutsche Atompolitik ab 1955

„Wer meint, ohne Atomenergie auskommen zu können, ist entweder ein hoffnungsloser Ignorant oder Demagoge“, bemerkte der ab 1955 nur kurze Zeit im Amt befindliche erste deutsche Atomminister Franz Josef Strauß (CSU). Zum Atomsperrvertrag verstieg sich der Atom- „Lobbyist im Staatsamt“ (Süddeutsche Zeitung, 2008) sogar später zu der Ansicht, „das ist ein neues Versailles, und zwar eines von kosmischen Ausmaßen“. Otto Hahn, der Entdecker der Kernspaltung noch vor dem Krieg, wandte sich 1956 in einem Fernsehinterview gegen zuviel Misstrauen in der Bevölkerung gegenüber der friedlichen Atomenergie. Auf dem SPD-Parteitag 1956 war die Rede vom „Urfeuer des Universums“ als Segen auch für unterentwickelte Länder. In der Präambel des Godesberger Programms 1959 wird es als „Hoffnung dieser Zeit“ angesehen, „dass der Mensch im atomaren Zeitalter sein Leben erheblich von Sorgen befreien und Wohlstand für alle schaffen kann, wenn er seine täglich wachsende Macht über die Naturkräfte nur für friedliche Zwecke einsetzt“. Für die sich gerne als Fortschrittspartei ausgebende SPD stellte die Atomkraft ein Mittel zur Überwindung sozialer und gesellschaftlicher Konflikte (!) dar, während Adenauer auf einer Pressekonferenz im April 1957 verharmlosend „taktische Atomwaffen nichts weiter als die Weiterentwicklung der Artillerie“ nannte. Es wurde von Politik und Zivilschutz-Behörden (früher ziviler Bevölkerungs- und Gebäudeschutz) der Glaube genährt, durch einfache improvisierte Schutzmaßnahmen wie Schildkröten artiges „Duck & Cover“ (ducken und bedecken) und staatlich propagierten und geförderten privaten Schutzraumbau im Keller des schmucken Eigenheims den Wirkungen eines Atomschlags entkommen zu können. Für die Regierenden und ihr administratives Dienstpersonal gab es wie in zwei ehemaligen Eisenbahntunneln der Eifel nahe Bonn („Dienststelle Marienthal“) in West und Ost „atomsi-

chere“ Bunker mit bis zu 60 Tagen Überlebensfrist unter Tage und Platz für max. dreitausend Mitarbeiter. Und dann?

Ein schier unglaublicher naiver Fortschrittsmythos knüpfte sich an die gepriesenen „Segnungen“ der Atomenergie. Man dachte an Mini-Reaktoren als Heizungen für Wohnhäuser, an atomare Flugzeug- und Lokomotivantriebe, an gewaltige Erdaushubarbeiten mittels Atomexplosionen, an nuklear betriebene Entsalzungsanlagen zur Bewässerung der Wüsten, an Meteoritenabwehr mit Atomraketen, und - an die nutzbringende Erwärmung mittels Atomenergie der Polargebiete (!). Handelschiffe wie die deutsche 'Otto Hahn' wurden als Prototyp mit Reaktorantrieb entwickelt. Übrigens so gut wie die einzige atomare Antriebsnutzung, die sich außer bei Kraft strotzenden arktischen Eisbrechern im Bereich von Kriegsmarinen realisieren sollte. Das einzige deutsche Reaktorschiff wurde nach wenigen Jahren wegen Unrentabilität stillgelegt. Schon 1951 forderte der ehemals führende Physiker des Nazi-Uranprojekts, Werner Heisenberg, den baldigen Einstieg in die atomare Energie-nutzung und trat für München als zentralen Standort künftiger Kernenergieforschung ein, um sich damit vielleicht auch gleich als deren möglicher Leiter zu empfehlen. Als Adenauer sich für Karlsruhe entschied (weil er Heisenberg misstraute), verlor dieser sein Interesse daran und zog sich aus der Reaktorforschung zurück. Unter der Federführung der Deutschen Atomkommission (DAK) entstand das erste deutsche zivile Atomversuchsprogramm nach dem Krieg zu zivilen Zwecken an den beiden Standorten Karlsruhe und Jülich. Es mag verwundern, aber nicht die Industrie, die eher bremste, sondern der Staat übernahm in der BRD die Schlüsselrolle bei der Entwicklung der Kernforschung. Millionen DM - damals noch viel Geld - flossen in Forschungsprogramme und Risikobeteiligung. Schon 1957 stand das erste deutsche Nachkriegs-Atomprogramm, „Eltviller Programm“ oder auch „500 Megawatt-Programm“ genannt, das den Bau von 5 Atomkraftwerken von je 100 Megawatt Leistung vorsah. Auch Bayern erhielt noch sein erstes, markant in den blau-weißen

Himmel empor ragendes Kernkraftsymbol, das „Garching Atomei“ (Forschungsreaktor München I), das es sogar bis zur Verewigung im Stadtwappen brachte. Im Jahr 2000 stillgelegt bzw. ersetzt durch den neuen FRM II im Betrieb seit 2004.

Atomenergienutzungs-Wahn

Es war noch ein weiter zäher Weg des Protests, zivilen Ungehorsams und langsamen Bohrens politischer Bretter bis zu einem radikalen öffentlichen Meinungs- und politischen Entscheidungsumschwung für einen Atomenergieausstieg Deutschlands im „Schneckengang“ (Jochen Stay, Gorlebenaktivist) bis zum Jahr 2022. Bislang wurden von den 17 vorhandenen AKWs neun abgeschaltet, bis 2019 sollen zwei weitere folgen und die letzten größeren sechs gehen 2021/22 vom Netz. Die bestehenden Forschungsreaktoren sollen ungeachtet dessen weiter im Betrieb bleiben. Man hält sich die Atomoption bewusst offen. Vor dem Hintergrund des Kernkraftwerksgaus von Fukushima 2011 ad hoc parlamentarisch beschlossen ausge-rechnet von seinen langjährigen, hartnäckigsten christlich-liberalen Gegnern, die sich den Atomausstieg nicht als Verdienst anrechnen können. Zuvor führte der Widerstand gegen AKWs über inzwischen schon legendäre Stationen: Wyhl am Kaiserstuhl Mitte der 70er Jahre („Nai hämmer gsait“), die zahlreichen Auseinandersetzungen und Massendemos an AKW-Bauplätzen, Brokdorf an der Unterelbe, Grohnde an der Weser usw., Stromboykott, gesprengte Strommasten (die Südtiroler Aktionsform), Freie Republik Wendland bei Gorleben, Wackersdorf/Oberpfalz (WAAhnsinn), das auf dem Schleichweg der nuklearen Kette einen bombenfähigen Plutoniumanfall geliefert hätte, die Castor-Blockaden (x-tausendmal quer) - um nur an einige markante Ereignisse und Protestformen zu erinnern. Viele daran Beteiligte haben dadurch und daraus gelernt, sich politisiert, sind alternativ aus dem Energie- und Konsumwahn „ausgestiegen“, gründeten Öko-Kommunen, Ökodörfer usw. Andere einstige GegnerInnen wurden darüber parlamentarisiert und systemintegriert. Dies mag an dieser

Stelle als Darstellung des Geists der Anfangs- und Protestjahre genügen, zu Weiterem sei auf einschlägige kritische Studien verwiesen (Robert Jungk, Holger Strohm; siehe Literaturliste).

Die von dem marxistischen Theoretiker August Thalheimer noch festgestellte „Doppelnatur“ der Atomkraft in Form von zivilem Energielieferanten und militärischer Waffenkomponekte, erhält aus heutiger Sicht eine weitere Doppelnatur durch die zusätzlich darin angelegte zerstörerische Wirkung ungebändigter Radioaktivität und ungeklärter, ungesicherter Entsorgung radioaktiven Mülls allein schon als Folge der zivilen Energiegewinnung. Atomenergie scheint unter diesen Aspekten überhaupt nur unzureichend bis gar nicht technisch beherrschbar zu sein wie die Beispiele bis zum GAU harvarierter Atommeiler im englischen Windscale 1957, Harrisburg/USA 1979 (Three Mile Island), Tschernobyl/SU 1986 und Fukushima/Japan 2011 zeigen, von den frühen schlimmen Atomunfällen in der SU ganz zu schweigen, bei denen Tausende ver-seucht wurden und starben und riesige Areale verstrahlter „verbotener Zonen,“ hinterließen. Eine Technologie, die gegen Naturkatastrophen und menschliches wie funktionelles Versagen nicht gebührend gefeit ist und geschützt werden kann und deren Abfallprodukte auf Jahrtausende gelagert gefährlich strahlenaktiv bleiben, ist für humane Zwecke schlicht unbrauchbar, weil lebensgefährdend und lebenszerstörerisch. Radioaktive Strahlung in hoher Akut- wie niederer Dosis greift im Kern direkt die biologische Widerstandsfähigkeit und Lebenskraft von Mensch, Natur und Kreatur an, tötet Körperzellen und wirkt unmittelbar destruktiv auf die genetische Erbsubstanz ein. Die Nuklearmedizin zur Krebsbehandlung bewegt sich hier auf einem zwiespältigen schmalen Grad und wird zunehmend ergänzt/ersetzt durch punktgenaue Lasertechnik. Dabei trat man ursprünglich bei der zivilen Nutzung noch mit großer Zuversicht an, über eine schier unerschöpfliche günstige Energiequelle für alle Zukunft zu verfügen, Hoffnungen, die sich mit den erwähnten folgen-schweren Unfällen für jedermannsch offensichtlich als trügerisch und un-

begründet erwiesen haben. Auch die unter dem Aspekt des großen Nutzens für einen sozialistischen Energiesektor in den Ostblockländern stark geförderte „zivile“ Seite der Atomverwertung erwies sich als Trugschluss. Die zahllosen bis heute stillgelegten Atomruinen sind stumme strahlende Zeugen dieses Fehlkalküls.

Das Atomkarussell - Informanten, Schlüsselfiguren

Die Geschichte des Atomdilemmas ist vor allem eine seiner militärischen Seite und Natur. Man versteht die Atomrüstung nicht ohne Kenntnis der Geschichte der Verbreitung des Wissens um den Bau von Atomwaffen. Diese ist eine Abfolge von geheimen Absprachen, Umwegen, gezielter Spionage, persönlich verwickeltem Offenbarungshandeln, des Diebstahls geheimer Informationen und ihrer Weitergabe. Daran beteiligt sind neben Einzelpersonen Regierungen, Verbündete und einflussreiche Spionage-Netzwerke mit ihren weit gezogenen Machtfäden und Operationsdrehkreisen wie etwa der aserbajdschanischen Erdöl-Metropole Baku am Kaspischen Meer. Baku war und ist geradezu ein Zentrum für den Transit von Spionen und Gütern der Atomspionage auch in den nicht weit entfernten Irak und Iran. Nicht selten spielten dabei eine Verflechtung von Prestige, Geltungsbedürfnis, Machtwillen und natürlich auch finanzielle Erwägungen eine bestimmende Rolle. Die weder von Atomkontroll-Kommissionen noch von geheimen Abwehrdiensten völlig kontrollierbaren, geschweige denn zu unterbindenden Vorgänge stellen ein zentrales chaotisches Element des nuklearen Regimes dar. Eher untypisch ist dabei das Beispiel der an die UdSSR weiter gegebenen Einzelheiten des Manhattan-Projekts zum Bau der US-Atombomben 'Little Boy' und 'Fat Man'. Ohne diese hätte es wohl erst 5-6 Jahre später eine russische Bombe gegeben. Darin mit antifaschistischen Motiven maßgeblich verwickelt war der bereits erwähnte junge deutsche Exilant und Physiker Klaus Fuchs (1911-1988). Er gelangte als von den Nazis verfolgtes KPD-Mitglied 1933 über seine Flucht nach England schließlich in die USA und

erhielt im Atomlabor von Los Alamos engsten Zugang zur atomaren Hexenküche der Amerikaner. Damit wurde er zu einem der wichtigsten Geheimnisträger und dann für die Sowjets Informanten (mit gewissem geistigem Eigentumsrecht) der Baupläne und Funktionsweise der zweiten über Nagasaki abgeworfenen Plutonium-Bombe. Auch Theodore Hall, der jüngste Physiker in Los Alamos, wurde zum „Geheimnisverräter“ wichtiger Basisdaten der A-Bombe an die Sowjets. Im Gegensatz zu Hall, dem obwohl verdächtig die USA nie nachweislich auf die Schliche kamen, wurde Klaus Fuchs zurück in England 1950 enttarnt, angeklagt und zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt, die er an mehreren Orten absaß. 1959 wurde ihm im üblichen Verfahren der Rest der Strafe erlassen und er kam vorzeitig frei. Er ging in die DDR, wo auch seine Familie lebte und er u. a. an der Universität Dresden Physikdozent wurde. Dort kam es im Studierbetrieb auch zum Kontakt mit chinesischen Studenten und persönlich zur Begegnung mit einem offensichtlich gelehrigen Gesprächspartner und engen Beteiligten am chinesischen Atomprogramm. Man darf mutmaßen, was und wie viel über diesen Austausch noch an brauchbarem, inzwischen etwas veraltetem Atombombenwissen Fuchs' nach China gelangt sein könnte. Chinesische Besucher kamen auch nach Dresden-Rossendorf, wo sich ab 1956 das DDR-Kernforschungszentrum (heute Helmholtz-Zentrum) mit einem 10 Megawatt-Forschungsreaktor befand. Klaus Fuchs war dort bis 1974 stellvertretender Direktor. Noch vor ihrem historischen Ende stellte die DDR ihr Atom-Programm wegen zu hoher Kosten ein und verlegte sich völlig auf die Nutzung der Kohle als im eigenen Land reichlich vorhandenem Energieträger mit allen Negativaspekten für die Umwelt und Gesundheit der Menschen..

Inwiefern man der Einschätzung zustimmen kann, dass das Verhalten von Klaus Fuchs zur Herstellung eines „atomaren Patts“ zwischen den beiden großen Weltatommächten USA und SU ein wichtiger Beitrag zur Atomkriegsverhinderung war, bleibt dahin gestellt. Die Spirale des nuklearen Wettrüstens konnte dadurch freilich nicht aufgehalten oder gebannt

werden, sondern kam so erst richtig in Gang und verstärkte diese Kriegsgefahr noch. Weitere Atommächte kamen sogar noch hinzu. 2003 und 2011 fanden unter dem Leitbegriff des Gedenkens an Klaus Fuchs zwei interessante Tagungen zur ethischen Verantwortung des Wissenschaftlers und zu Person und Lebenswerk des aus einer religiös-sozialistischen Quäkerfamilie stammenden Fuchs statt. Abgehalten wurden sie von der Berliner Leibniz-Sozietät und in ihren Abhandlungen als Band 21 und 32 dokumentiert (Hrsg. Günter Flach/Klaus Fuchs-Kittowski; trafo Wissenschaftsverlag Berlin). Deren Ergebnisse sowie eine neuere Fuchs-Biografie von Ronald Friedmann (Der Mann, der kein Spion war, 2005) werfen ein weit differenzierteres, aufklärendes Licht auf diesen Fall, als dass dies unter pauschalen Kategorien wie „Spionage“ oder „Verrat“ angemessen geleistet werden könnte.

China nutzte ohnehin bausteinartig alle möglichen sich ihm erschließenden Quellen, nachdem die SU sich ab Ende der 50er Jahre von den radikalen Weltrevolutionsvorstellungen Mao Tse-tungs befremdet abzuwenden begann (Auseinandersetzung um die „Generallinie,,). Sie zog ihre atomtechnischen Berater ab und blockte zunehmend in der Frage atomarer Logistikhilfe. Chruschtschow hielt Maos weltpolitische Vorstellungen nach einem letzten Peking-Besuch 1958 sogar für etwas übergeschnappt. Die von Russland gelieferten nuklearen Pläne und Reaktorversuchsaggregate funktionierten nicht. Nach der Erfahrung atomarer Wehrlosigkeit im Koreakrieg hatte China ab 1955 sein Atomforschungsprogramm aufgenommen. Es gab noch eine weitere sichere Informationsquelle der Chinesen direkt aus den USA: Joan Hinton (gest. 2010), ebenfalls Physikerin und eine der wenigen Wissenschaftlerinnen in Los Alamos, war schon 1942 am Bau des ersten Fermi-Atommeilers in Chicago beteiligt und hatte am Trinity-Versuchstest im Juli 1945 teilgenommen. Auch sie war Kommunistin und der Ansicht, dass nicht nur der Westen über das innerste Atomwissen verfügen sollte. 1949 übersiedelte die überzeugte Mao-Bewunderin nach China, nahm dort Kontakt zur neuen Regierung auf. Sie dürfte vermutlich für eine ganze Weile mit

zur wichtigsten Informantin für die chinesischen Atombombenlaboranten gehört haben.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges geriet noch ein brisanter Fund direkt in die Hände der Amerikaner. Japan, das seit 1941 unter dem Atomphysiker J. Nishina an einem eigenen Atomforschungsprogramm arbeitete, hatte Nazi-Deutschland nach Zerstörung seiner im Endaufbau befindlichen Reaktor-Anlagen beim Luftangriff auf Tokio im März '45 um Unterstützung gebeten. Mit wichtigen nuklearen Bau- und Funktionsplänen und beladen mit komplett fertigen Flugzeug- und Raketenbauteilen für eine Me-262 und V2 sowie 560 kg Uranoxyd war das deutsche Langstrecken-U-Boot 234 kurz vor Kriegsende noch nach Japan aufgebrochen. Als die Nachricht der deutschen Kapitulation das Boot erreichte, ergab man sich den verfolgenden Amerikanern ohne das Boot zu versenken. So gelangte neben dem etwa gleichzeitigen Fund des Heisenberg-Reaktors in Süddeutschland durch die ALSOS-Mission das Uran und zusätzlich detailreiches Wissen über den Stand der deutschen nuklearen Kriegsforschung in amerikanischen Besitz. Das Uran aus den tschechischen Joachimsthal-Minen wurde geprüft und in die Urananreicherungsanlage nach Oak Ridge gebracht. Von dort gelangte es gegen Ende Juli nach Los Alamos. Das daraus gewonnene ca. ½ kg waffenfähige U-235 reichte zwar nicht für eine Bombe aus, machte aber einen bedeutenden Anteil an der Sprengladung der Hiroshima-Bombe aus. Major John Lindsdale, der leitende Sicherheitsoffizier des Manhattan-Projekts, bezeichnete die aufgebrachte Uranladung als „Gottesgeschenk zur rechten Zeit am rechten Ort“. Das Uran der Nazis, das den Japanern für ihre eigenen Atombombenpläne dienen sollte, wurde nun in den Händen der USA gegen diese selbst verwandt.

Das Karussell drehte sich weiter

Die Verbreitungsstory der Atomgeheimnisse hat eine kriminelle Fortsetzung mit Protagonisten und schillernden Schlüsselgestalten, die das Karussell am Laufen hielten und mit brisanten Informationsgütern und

hoch sensiblen Forschungsergebnissen bestückten. Nur sind dabei weit weniger noch hehre Motive der Weitergabe zum paritätischen Wissensausgleich im Spiel. Einer, der davon mit Abstand am meisten umsetzte und daran verdiente, ist der pakistanische Atomingenieur Abdul Qadir Khan und sein weit verzweigtes Netzwerk von Verbindungsleuten und konspirativen Kontakten. Khan gilt als wichtigster Blaupausen-lieferant für die Konstruktion der erstmals im Mai 1998 gezündeten pakistanischen Atombombe (Khan Research Laboratories). Er war nicht nur skrupelloser Wissensspion in geheimen europäischen Atomforschungsanlagen, sondern auch ein ausgebuffter Händler mit allem was an Begehrtem auf dem illegalen Atommarkt zu haben war an Dokumenten, Plänen und sogar technischen Einzelteilen zum Bau von Atomanlagen und -bomben. Er stellte lange die große undichte Stelle dar. Hier haben wir es mit einem Transfer von West nach Ost zu tun und es kam dabei erstmals die islamische Karte mit ins Spiel. Im Mai 1974 hatte das Entwicklungsland Indien in der westlichen Wüstenregion von Thar im Bundesstaat Rajasthan nahe der pakistanischen Grenze seine erste A-Bombe „Smiling Buddha“ (lächelnder Buddha) gezündet. Sein ziviles Atomprogramm, aus dem es dann sein angereichertes Bombenmaterial bezog, begann schon Ende der 1950er Jahre und konnte besonders von technologischen Transfers aus Kanada und den USA profitieren. Neben China muss man Indien, das den Atomsperrvertrag nie unterzeichnete, inzwischen als die aufstrebendste Atommacht in Südostasien bezeichnen mit schlagkräftigen, eigen entwickelten Komponenten modernsten Standards zu Luft, Land und Wasser. Indiens heute mutmaßlich um die 100 Atomsprenköpfe sind, außer dass sie auch gegen China gerichtet werden könnten, vorrangig als Warnung an die Adresse des islamischen Erzfeindes gedacht, der sich bald nach Indiens Unabhängigkeit 1947 in einem blutigen Bürgerkrieg vom Kernland in ein West- und Ostpakistan (heute Bangladesch) abgespalten hatte. Die politische Motivation für sein Handeln bezog unser Protagonist Khan zuerst noch aus patriotischen Vergeltungserwägungen. 1971

war es in Pakistan erneut zum Bürgerkrieg gekommen, in dem Indien die aufständische Seite unterstützt hatte. Für Khan wurde dies zum Fanal, seinem Land einen großen Dienst zu erweisen. Er hatte bereits an holländischen technischen Universitäten studiert. Von 1972 bis 1976 war er in hoch modernen niederländischen nuklearen Zentrifugierungsanlagen als Techniker beschäftigt, wodurch sich ihm unkontrollierte Gelegenheiten für Zugänge zu geheimsten Abteilungen und Informationen eröffneten. Durch ihn gelangte atomares Know how nicht nur in sein eigenes Land, sondern auch weiter in den Iran, nach Libyen und Nordkorea. Von sich behauptete er stets, nicht aus materiellen Motiven gehandelt zu haben. Heute lebt er als Privatier in einem mondänen Villenvorort der pakistanischen Hauptstadt Islamabad.

Atom-Deals, Verträge, Abkommen

Hier ist nicht der Platz, um über alle verhandelten Verträge und Abkommen zur Atomwaffenbegrenzung und -abbau im Detail zu schreiben (siehe Übersicht in folgender Tabelle). Zum Übrigen muss der Verweis auf die am Ende genannten Quellen und Literatur genügen. Es gab im Laufe der Jahre und Jahrzehnte mit Atomsperrvertrag, ABM, INF, Start-I/-II usw. mehrere Stationen und Entwicklungsschritte in diesem komplexen Prozess von Diplomatie, Konflikt und Vermittlung. Dabei gab es echte Versuche zu handeln und verhandeln und solche, die nur dem Anschein und der Täuschung dienten, was zum Vabanquespiel im Atomdilemma gehört. So befinden wir uns derzeit eher wieder in einer sehr unsicheren Phase, wie die Vertragswerke von früher noch weiter Bestand haben können, da sich faktisch eine neue allgemeine strategisch-technische „Modernisierung“ bei Atomwaffen und ihrer Drohszenarien abzeichnet..

Der vielleicht fehl geschlagene frühe Versuch zur Begrenzung/Verhinderung der Verbreitung von Atomwaffen war das Prinzip „Atoms for Peace“ (Atomtechnik für Frieden). AFP basierte auf der gleichnamigen UN-Vollversammlungs-Rede des US-Präsidenten Eisenhower am 8.12.1953, also unmittelbar nach Ende

des Koreakriegs. Die Vorstellung war, interessierten Ländern die friedliche Nutzung von Nukleartechnik zur elektrischen Energiegewinnung und Verwendung in der Medizin und wissenschaftlichen Forschung gegen ihren freiwilligen Atomwaffenverzicht anzubieten. Unter dem Dach der dann am 29.7.1957 in Wien gegründeten Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEA) sollte eine sichere und friedliche Nutzung des radioaktiven Materials und der dazugehörigen Technologie gewährleistet werden. Es ist schon fast ein Hohn und schlechter Scherz, wenn solche Vorschläge von Seiten derer kamen, die sich wie die USA zur gleichen Zeit in einer Hochphase ihrer eigenen eskalierenden Atombombenentwicklung befanden. Das Ganze bekam schnell den Ruch, lediglich dazu zu dienen, sich mit Hilfe von AFP lästige neue Atomkonkurrenten verbindlich vom Leib zu halten und deren absehbares Emporkommen zu verhindern. Zwar hat die IAEA den Fehlschlag des Unternehmens als wichtige übernationale Kontrollinstanz überlebt, aber sie kann nur dort wirksam zu Kontrollzwecken vorstellig und ggfs. fündig werden, wenn ein Land ihr auch den Zutritt zu eigenen zivilen Atomprojekten etc. gestattet. Das erwies sich besonders als schwierig in den Fällen des Irak und Iran, die beide mit Hinhalte-techniken immer wieder gesetzte Fristen unterliefen und Verhandlungslücken ausnutzten. Kurzum, bestimmte Länder an der Atomschwelle, die heute zu den kleineren Atomenergie nutzenden Ländern gehören, besorgten sich über AFP zeitweilig das nötige Wissen für die zivile Nutzung der Atomspaltung und gelangten so legal in die Lage, damit auch für sich die Straße zur Bombe jederzeit weiter öffnen und verbreitern zu können. Auch Israel verstand es geschickt, AFP für sich früh zu nutzen, obwohl man von vorne herein vor allem daran interessiert war, darüber an indirektes Know-how für die Atomwaffe zu gelangen. Die USA und andere westliche Atomverbündete wussten das und gaben z. T. über verzweigte Wege dennoch „Atome“ für nicht garantierten „Frieden“ weiter. Plötzlich forschte eine ganze Reihe neuer Länder wie Südafrika, Brasilien, Argentinien, Nationalchina, Saudi-

Arabien am kombinierten Energie-Bomben-Pool. AFP war ein Teil des zwischenstaatlichen Atomkarussells geworden und hatte sich in sein genaues Gegenteil verkehrt.

Koreakrieg, Kubakrise, Vietnam

Bereits im Koreakrieg (1950-1953), dem ersten großen „heißen Krieg“ in der neuen Ära des sog. Kalten Krieges, wurde von US-Seite erneut der Einsatz von strategischen Atomwaffen ernsthaft erwogen. Gerade erst war die UdSSR zur zweiten Atommacht geworden, doch die USA fühlten sich dagegen technologisch dennoch weit im Vorteil. Wenn, so die Ansicht eines Teils führender US-Militärs im Pentagon, dann sollte jetzt dieser Vorteil entscheidend genutzt werden, um „reinen Tisch“ mit Sowjets und Rotchina zu machen. Wissenschaftler wie Edward Teller und Technikspezialisten bastelten bereits erfolgreich an der Entwicklung der noch weitaus zerstörerischen US-Wasserstoffbombe und man verfügte anders als die SU bereits über ein ganzes Arsenal von im Pazifik getesteten Atombomben unterschiedlicher Bau- und Wirkungsart. Unterstützt von Hunderttausenden von „Freiwilligen“ der regulären rotchinesischen Streitkräfte und logistischer SU-Militärhilfe vor allem in der Luft durch Einsätze von MIG-Staffeln mit russischen Piloten, konnte die anfänglich überlegen auftretende nordkoreanische Offensive schnell bis weit in den Süden vorrücken und Gebiete besetzen. Angesichts dieser massiven Übermacht drohte im anfänglichen Verlauf 1950 die unter „freiheitlichem“ UN-Deckmantel angeführte „Polizeiaktion“ ohne Kriegserklärung der USA gegen die „Ausbreitung des Weltkommunismus“ zu scheitern. Die UN-Streitmacht war nahe daran, bis auf einen letzten US-Brückenkopf an der Küste die südliche Korea Halbinsel vollends aufzugeben. Wenn man so will, kann man das als den Auftakt zu einem „dritten Weltkrieg“ auf Raten werten. Die US-Präsidenten Truman und dann Eisenhower, selbst General a. D. und einstiger Oberbefehlshaber der US-Invasionstruppen im Zweiten Weltkrieg in Europa, und seine im Pazifikkrieg erfahrenen Generäle wie

MacArthur entschieden sich entgegen ihren eigenen ersten Erwägungen jedoch nicht für einen Atomschlag. Neben der Flächenbombardierung des koreanischen Nordens durch die US-Luftwaffe ermöglichte die Rückgewinnung der „strategischen Luftüberlegenheit“, die die USA für alle Zeiten bis heute im Koreakrieg begründeten und ihr massiver Material- und Streitkräfteeinsatz es der alliierten westlichen UN-Streitmacht, den status quo ante des als Ergebnis des Zweiten Weltkriegs geteilten Landes wieder herzustellen. Man drang nun 1951 sogar selbst entgegen der UN-Resolution tief in den kommunistischen Norden gebietsweise bis zur chinesischen Grenze vor. Am Ende nach dessen erneuter Gegenoffensive bewegte sich die Front in einem verlustreichen Monate langen Stellungskrieg etwa um die Linie des 38. Breitengrads, der damit zur Marke der späteren Waffenstillstands-Linie bis heute wurde. Gewonnen war damit für beide Seiten im Grunde nichts. Insgesamt verloren auf den Schlachtfeldern und bei Flächenbombardements in Stadt und Land nahezu 4,5 Mio. Soldaten und Zivilisten auf beiden Seiten ihr Leben, davon 40.000 alliierte UN-Soldaten, ganz überwiegend US-Amerikaner, und ca. 400.000 (offiziell 183.000) chinesische Soldaten. Erstmals überstieg die Zahl der Zivil- die der Militärtoten um ungefähr das Dreifache. Fast die ganze Industrie beider Länder war zerstört worden. In der BRD, die erst 1973 Mitglied in der UNO wurde, löste der erneute Krieg in Fernost eine Notbevorratungswelle aus und beförderte die Furcht vor einer „kommunistischen Invasion“ aus dem Osten die politische Diskussion und Planung für einen westdeutschen Remilitarisierungsbeitrag im europäischen Bündnis-Rahmen.

Raketenabzug gegen Invasionsverzicht

Auch in der zwei Wochen andauernden Kubakrise im Oktober des Jahres 1962 - „Dritter Weltkrieg“ Phase II - drängte ihr Verlauf gefährlich nahe an den Rand eines Atomkriegs zwischen West und Ost. Im ersten und einzigen verdeckten atomaren

Poker (Operation ANADYR), den die Sowjets gegenüber dem Westen inszenierten, um am Ende dabei z. T. den Kürzeren zu ziehen, ging es um den Versuch der UdSSR, sich gegenüber der atomaren Eindämmungs- und Einkreisungsstrategie durch nukleare Mittelstreckenraketen der USA vor allem an der Südflanke der SU in der Türkei an anderem Schauplatz in unmittelbarer US-Nähe Luft zu verschaffen. Die heimlich begonnene Stationierung von russischen Kurz- und Mittelstreckenraketen auf der Karibikinsel zum „Schutz“ und zur „Verteidigung“ des neuen sozialistischen Verbündeten Kuba kaum 100 Meilen südlich der Halbinsel Florida, richtete sich direkt gegen Ziele in nahezu den gesamten mittleren bis östlichen USA. Diese reagierte zunächst mit einer Seeblockade (diplomatisch „Quarantäne“ genannt) und im Falle eines Angriffs der Androhung von Luftangriffen und einer Invasion Kubas. Dort waren inzwischen über 40.000 reguläre Soldaten der Sowjetarmee samt schwerem Militärgerät und Atombombern vom Typ Iljushin-95 stationiert worden. Das sog Executive Command (ExComm) wurde auf US-Seite gebildet, dem zur Konsultation und Koordination der Präsident, sein Stellvertreter, der Außen-, Verteidigungs-, Justiz- und Finanzminister sowie weitere ranghöchste Militärvertreter, der CIA-Präsident, wichtige persönliche Assistenten und Rechts- und nationale Sicherheitsberater der NSA angehörten. Mehrmals kam es in großer Flughöhe über 20 km zu provozierenden illegalen Überflügen Kubas mit U2-Spionageflugzeugen der US Air Force bzw. der CIA, um fotografische Beweise sammeln und anklagend vor der UNO-VV präsentieren zu können. Die kubanisch-russische Flakraketen-Abwehr schoss ohne obersten Befehl eigenmächtig einen der U2-Aufklärer ab, was letztlich zum einzigen heldenhaften Toten der gesamten Konfrontation auf US-Seite führte. Russische Frachter mit verdächtiger Raketenladung an Bord wurden von US-Kriegsschiffen aus gestoppt, durchsucht und bei positivem Fund zur Umkehr gezwungen. Andere mit rein zivilen Versorgungsgütern durften passieren.

Das Weiße Haus in Washington mit den beiden Kennedy-Brüdern

als Präsidenten und Justizminister reagierte zunehmend hektisch und notfalls sogar zum Krieg entschlossen, was nur einen eskalierenden Atomkrieg bedeuten konnte. Die Lage war auf beiden Seiten bis zur zündelnden Spitze angespannt. Politische und militärische Hardliner auf US-Seite wie der US Air Force General Curtis LeMay wollten den Konflikt nutzen, um in Vergeltung für die zuvor misslungene Schweinebucht-Landung CIA-Freiwilliger und Exilkubaner mit Kuba und seinem gehassten Revolutionsführer Fidel Castro endlich „abzurechnen“ und diesmal eine Invasion der Insel im großen Stil einzuleiten. Die Kennedys zögerten, engste Berater wie der irisch stämmige Kenneth O'Donnell rieten ihnen kaum zu dieser schwer wiegenden Konsequenz und suchten mäßigend nach Kompromissen. Also liefen gleichzeitig die diplomatischen Bemühungen um Verhandlungen auf Hochtouren und die unnachgiebigen Wechsel scharfer diplomatischer Noten zwischen der sowjetischen und amerikanischen Seite sind heute bekannt. Auch Chruschtschow blieb erst weiter auf Konfrontationskurs. Einige russische Frachter mit brisanter Ladung drohten unter Begleitschutz russischer atomarer Jagd-U-Boote mit wiederum US-Jagd-U-Booten an ihren Fersen auf ihrem Kurs die Blockade zu durchbrechen. Präsident Kennedy schien bei Beratungen im ExComm zeitweise die Initiative zu entgleiten, die explosive Stimmung war zu Kriegs-Gunsten am kippen. Man bereitete sich in den USA zivilverteidigend auf Schlimmstes vor. Erst ein Geheimtreffen im letzten Moment zwischen Justizminister Robert Kennedy und dem sowjetischen Botschafter Dobrynin brachte nach noch voraus gegangenem Verwirrspiel letztlich den entscheidenden Durchbruch, von dessen eigentlichem Deal die Welt allerdings damals nichts erfuhr. Das geheim gehaltene US-Zugeständnis, an der NATO-Flanke Türkei die dort stationierten, veralteten nuklearen US-Jupiterraketen zurückzuziehen und die Zusage, künftig von einer US-Invasion Kubas abzusehen, veranlasste die UdSSR wiederum zu Truppenreduzierung und Abbau aller Atomraketenstellungen auf Kuba. Für die „freie“ Weltpresse allerdings zeigten entschlossene US-Blockade

und Kriegsaufmarsch von Flotte und Air Force der USA ihre Wirkung als eindrucksvolle Machtdemonstration. Der Rückzug der Sowjets wurde vom Westen als Sieg verbucht. Zeitversetzt wurde, um den NATO-Bündnispartner nicht allzu sehr zu brüskieren, nach ca. 6 Monaten auch mit dem Raketenrückzug in der Türkei begonnen. Gehalten hat sich bis in unsere Tage das US-Wirtschaftsembargo gegen den Inselstaat. Die Tatsache jedoch, Kuba nicht militärisch ausgeschaltet und u. a. auch für die Mafia-Wirtschaft zurück erobert zu haben, kostete vermutlich den beiden u. a. mit Mafia-Wahlhilfe an die Macht gelangten Kennedys 1963 und 1968 bei politisch motivierten Attentatkomplotts das Leben. Und 1965 erhielt wegen seines Zurückweichens vor den Amerikanern der Kremlführer Chruschtschow im Verlust seiner Führungsposition die Quittung. Bei hart gesottenen Antikommunisten wie General LeMay waren das Kennedy-Brüderduo und seine engsten „irischen Beraterboys“ endgültig als nachgiebige Schwächlinge in Ungnade gefallen, deren Zeit, von der Politbühne abzutreten, gekommen war..

Das erste Kriegsdesaster für die USA

Im Vietnamkrieg, in dem sich die USA zwischen 1962 und 1975 mit zunehmender Militärpräsenz und eskalierenden Kriegshandlungen zu Land und in der Luft wiederum für die angeblichen Ziele von Freiheit und Demokratie und gegen den Weltkommunismus engagierten, spielte die atomare Option keine wesentliche aktive Rolle, als Hintergrund wohl schon. Man hatte auch so mit dem Einsatz von Napalm-Bomben, chemischen Entlaubungsmitteln (agent orange), Flächenbombardements über Nordvietnam und zweifelhaften Kommando-Unternehmen vermeintlich probate, wirksame Mittel gefunden, die atomare Karte nicht spielen zu müssen. Den verheerenden Wirkungen von Nukleareinsätzen standen diese in ihrer Kriegs verbrecherischen Qualität und Ausweitung kaum nach. Man schoss in niedriger Höhe aus Hubschraubern mit schweren MGs auf alles, was sich auf dem Boden menschlich bewegte und sich

panisch rennend vor den in Pulks anfliegenden Helikopterstaffeln der US-Luftlandeinfanterie in Deckung zu bringen versuchte. Bekannt wurden brutale US-Massaker wie jenes von My Lai 1968, an dem etwa 40 bis 45 US-Elitesoldaten des 1. Platoons der C-Kompanie der Task Force Barker, einer ungefähr 500 Mann zählenden US-Spezialeinheit zur Vietcong-Bekämpfung und Liquidierung ihrer Funktionäre, beteiligt waren. Nur wenige beteiligten sich nicht an den wahllosen Erschießungen von über 500 Männern, Frauen, die vorher oft noch vergewaltigt wurden, Kindern, Greisen und Tieren. Erst das mutige späte Eingreifen eines US-Hubschrauberkommandanten, der damit drohte, jeden weiter marodierenden GI von seinem MG-Schützen erschießen zu lassen, beendete das Abschlachten. Der damals 25-jährige kommandierende Offizier des Platoons, William Calley, rühmte sich in seinen 1972 auf Deutsch erschienenen Erinnerungen mit dem Titelspruch „Ich war gern in Vietnam“. Zuerst mit einigen wenigen militärgerichtlich angeklagt und zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt, wurde der sich auf „Befehlsnotstand“ berufende Calley bereits 1974 von Präsident Nixon endgültig begnadigt und frei gelassen. Der amerikanische Filmregisseur und selbst Vietnam-Veteran, Oliver Stone, setzte mit seinem Antikriegsfilm „Platoon“ den Vorfällen von My Lai und anderen ähnlichen Beispielen ein Denkmal. Um es mit den häretischen Worten des abtrünnigen US-Colonels Kurtz zu sagen, der im Film „Apocalypse Now“ von einem von der CIA beauftragten Eliteoffizier liquidiert werden soll, weil er mit seiner wilden Truppe aus US-Deserteuren und Montagnards hinter der Grenze zu Kambodscha ein privates Schreckensregiment ausübt, und sich fragt: Was bedeutet es, wenn Mörder andere Mörder nennen? „Einen Mann in einem Land wie diesem (Vietnam) wegen Mordes zu belangen, ist wie eine Verwarnung wegen Geschwindigkeitsüberschreitung in einem Autorennen“ (W. Kurtz). Vietnam bedeutete eine ungeheure weitere Verrohung und Abstumpfung eines mehr als problematischen soldatischen und militärischen Handelns und den Zerfall militärischer Disziplin in der US-Armee auf breiter Front.

Opferbilanz: Ungefähr 1,5 bis 2 Mio. getötete Vietnamesen, ca. 58.000 gefallene US-Soldaten. Letztlich mussten die USA durch ihre Niederlage in Vietnam erstmals erkennen, dass sie den ungleichen (asymmetrisch) geführten „Krieg ohne Fronten“ (Bernd Greiner) gegen nicht eindeutig zu identifizierende Kombattanten, die zudem für eine überzeugte Ideologie kämpften und sich in weit verzweigten Tunnelsystemen „unsichtbar,“ machten, nicht gewinnen konnten. Ihr weiteres Welt ordnendes Vorgehen seither sollte immer mehr solche asymmetrisch angelegten Situationen erzeugen und in diesen operierende gegnerische Kräfte auf den Plan rufen.

Remilitarisierung und Atombewaffnung, Göttinger 18, Atomwaffen-Protest

Die Atomrüstung hatte auch ihre frühen entschiedenen Gegner. Am ausgeprägtesten vielleicht in den USA, England und Westdeutschland. Das Augenmerk soll hier nur auf die deutsche Seite gelegt werden, die freilich aus der angelsächsischen und amerikanischen Protestbewegung nicht unwesentliche Impulse und Anregungen erhielt. Schon vor Gründung der BRD 1949 gab es in den Schubladen nationale Pläne für ein neues deutsches Militär eng an der Seite der westlichen Siegermächte. Doch noch sollte jedem die Hand abfallen, der noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen würde (Aussage F. J. Strauß im Bundestagswahlkampf 1949). Ab 1955 leistete sich die BRD die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht und Aufstellung neuer Streitkräfte in Form der Bundeswehr unter dem vollmundigen Zitator Franz Josef Strauß als Verteidigungsminister (zuvor Atomminister). Erste Ausrüstungen an Militärflugzeugen, Kriegsschiffen und Geschützen erhielt die neue westdeutsche Armee noch aus meist ausgemusterten oder veralteten Beständen der US-Armee. Im Eiltempo wurde sukzessive eine eigene Luftwaffe, Kriegsmarine und schlagkräftige Panzerwaffe (Leopard I) des Heeres aufgebaut. Goldene Umsatzzeiten für die sich ebenfalls reorganisierende Rüstungsindustrie in der BRD. Auch

ging man sofort nach Wiedererreichen der Souveränität im gleichen Jahr dazu über, an den bis Kriegsende erreichten fortgeschrittenen Stand der Nazi-Atombombenforschung wieder anzuknüpfen (siehe Arbeiterstimme Nr. 187) und eine zunächst zivil ausgerichtete Atomenergieforschung zu betreiben. Das qualifizierte Personal dazu von ehemals sowie nachwachsend war reichlich an Universitäten und in der relevanten Industrie vorhanden und bot sich geradezu selbst an. Nicht dagegen, aber gegen Adenauers und Strauß' Pläne einer atomaren Bewaffnung der neuen BRD-Armee wandte sich eine Gruppe von einst zum Teil eng mit der ehemaligen Nazi-Forschung verbandelten und zur pazifistischen Einsicht gelangten Protagonisten wie etwa C. F. von Weizsäcker, W. Heisenberg, O. Hahn, W. Gerlach, M. von Laue, K. Wirtz u. a. mit ihrem „Göttinger Manifest“ vom 11. April 1957. Darin erklärten 18 der bedeutendsten deutschen Atomwissenschaftler, die alle auf Göttingen als ihren einstigen Studienort rekurrten, dass sie für eine neue Atomwaffenproduktion nicht zur Verfügung stünden. Parallel dazu gab es in protestantischen Kirchenkreisen in dieser Zeit eine einsetzende kontroverse Debatte um die sog. Heidelberger Thesen, die noch eine Art Komplementarität in Form eines uneindeutigen JEIN zur Atombombe als Waffe qua ultima ratio formulierten (Helmut Gollwitzer: Die Christen und die Atomwaffen, 1957). Und als Drittes gab es als nachhallenden Anti-Kriegsreflex in der Folge der politischen Ohne mich- die punktuelle Kampf dem Atomtod-Bewegung als pazifistisch und antimilitaristisch motivierte Stimmung und breite Bewegung in der Bevölkerung, einzelnen Parteien (SPD, GVP, KPD), Gewerkschaften und Jugendverbänden gegen eine westdeutsche Remilitarisierung und Atombewaffnung. Dieser angerichtete Mix aus Forschungs-Wiederaufnahme, politischen Wiederaufrüstungsschritten im neuen NATO-Bündnis und öffentlichen Protesten in Institutionen und auf der Straße bestimmte bis etwa Ende der 50er Jahre das Geschehen um die Atom- und Militärfrage. Das setzte sich dann fort in den damals jedes Jahr von vielen Zehntausenden getragenen Ostermärschen. Vor diesem

Hintergrund trat ab Beginn der 60er Jahre dann auch die Student(inn)enbewegung mehr und mehr politisch in Erscheinung, entwickelte sich zur Antikriegs-Protestbewegung (Vietnam) u. a. mit dem bestimmenden Element einer massenhaften Verweigerung des Kriegsdienstes unter Berufung auf das Grundgesetz durch wachsende Teile der westdeutschen männlichen Jugend. .

Spiegel-Affäre

Zur regelrechten Regierungs- und Staatskrise mit personellen Folgen entwickelte sich die sog. Spiegel-Affäre im Oktober 1962. Während in der Karibik die Kubakrise gerade ihrem ultimativen Höhepunkt zu trieb und der laufenden Debatten im Bonner Parlament zur Notstands-Verfassung, kam es im Verteidigungszentrum auf der Hardthöhe zu einer undichten Stelle und Indiskretion eines hohen Offiziers im Führungsstab des Heeres. Nicht annähernd so spektakulär wie M. Vanunus „Indiskretionen“ über Israels geheimes Atompotenzial 1986 in der Londoner Sunday Times, griff das Nachrichtenmagazin Der Spiegel das teils brisante Material auf und veröffentlichte dazu am 10.10.1962 (Spiegel Nr. 41) einen Artikel, der mit der Schlagzeile „Bedingt abwehrbereit“, gleichwohl Sprengkraft bedeutete. Die Spiegel-Autoren Conrad Ahlers, Hans Schmelz, der die Hauptrecherche leistete u. a., setzten sich nach Erstellen einer Anzeige am 11. Oktober damit in den Augen der Bundesstaatsanwaltschaft dem Verdacht des Hochverrats aus. Der Artikel setzte sich kritisch mit im Übrigen anderswo schon offenen zugänglichen Auswertungsergebnissen zur NATO-Übung Fallex '62 auseinander, stellte aufgrund der genannten Mängel das Konzept des atomaren Erstschlags und die Strauß'sche Rüstungspolitik in Frage und bezweifelte, ob im Sinne des Konzepts der konventionellen Vorverteidigung der USA die Bundeswehr zu einer wirksamen Abwehr eines Vorstoßes des Warschauer Paktes in der Lage wäre. Es wurde weder pazifistischer Widerspruch formuliert noch grundsätzliche Militärkritik geübt, sondern lediglich die Sorge ausgedrückt, ob angesichts der offenbaren Fakten die bestehende Verteidigungsfähigkeit des deutschen Militärs gewährleistet

wäre. Doch war dies der Regierungsseite Anlass genug, am 23.10. drakonische Maßnahmen der Ermittlung (verantwort. Staatsanwalt Siegfried Bueback), Durchsuchung und schließlich Verhaftung der verantwortlichen Autoren und des Herausgebers Rudolf Augstein einzuleiten. Dieser auf bloßen Verdacht erfolgte einmalige Eingriff in die Pressefreiheit und das konzertierte scharfe Vorgehen offizieller Stellen und weniger der „inkriminierende“ Inhalt empörte die Öffentlichkeit, führte zur breiter Presse-Solidarisierung und brachte Menschen wütend zu Protesten auf die Straße. Parallelen zum Weltbühne-Prozess 1931 gegen C. von Ossietzky wurden gezogen. Strauß war mit Deckung Adenauers, der ihn gewähren und dann die Sache aber auch ausbaden ließ, Strippenzieher der Maßnahmen im Hintergrund, obwohl er dies zuerst öffentlich leugnete. Selbst der FDP-Justizminister war nicht informiert und eingeweiht. Im November traten dann sämtliche fünf FDP-Minister aus der Koalition mit der CDU/CSU zurück und machten eine Kabinettsumbildung nötig. Als Ergebnis mussten zwei Staatssekretäre gehen und schied Strauß als Minister aus dem Amt aus. Das Misstrauen der Bevölkerung gegen das verdeckte Zusammenspiel von Regierung und Justiz hatte stark zugenommen. Schmelz wurde erst nach 81, Augstein nach 103 Tagen aus der Haft entlassen. Im Mai 1965 stellte ein Urteil des Bundesgerichtshofes fest, dass es keinen Beweis für einen wissentlichen Verrat von Staatsgeheimnissen gegeben hätte. Augsteins erhobene Verfassungsbeschwerde wegen des Recht beugenden Vorgehens gegen ihn und den Spiegel wurde 1966 abgewiesen. Den „undichten“ Offizier versetzte man 1969 vorzeitig in den Ruhestand. Im Herbst 1963 war dann auch Adenauers Zeit als Kanzler noch in der laufenden Amtszeit vorbei und trat der beliebte Wohlstandspropagandist Ludwig Erhard als von der Regierungskoalition neu gewählter Nachfolger an seine Stelle (Fakten und Daten teilw. nach wikipedia).

Starfighter-Skandal („Aufstand der Generäle“)

1966 war die Bundeswehr erneut ins öffentliche Zwielficht geraten. Im Jahr zuvor waren von dem ab 1961 in

Stückzahl gleich von mehreren Hundert neu angeschafften Abfangjäger „Starfighter“ (Sternenkämpfer) der US-Firma Lockheed 27 Maschinen abgestürzt und 17 Luftwaffen-Piloten dabei ums Leben gekommen. Darauf erhoben der Generalinspekteur der Luftwaffe, General Panitzki, u. a. schwere Vorwürfe gegen die politische Führung. Es sei eine reine Anschaffung aus „politischen Gründen“ gewesen, man sei zum Stillschweigen über teils gravierende technische Mängel des wie eine Rakete aussehenden schnittigen Fluggeräts verdonnert worden. Bei Vergleichstests für die Anschaffung eines neuen Jägers hauptsächlich zwischen dem einsitzigen Starfighter und einer französischen Mirage III-Version, waren an ihm von Experten schon deutliche Mängel festgestellt und protokolliert worden. Das hielt freilich den CSU-„Rüstungsminister“ F. J. Strauß nicht davon ab, sich gegen die technisch zuverlässigere, bessere Mirage und für den störungsanfälligen US-Starfighter zu entscheiden. Grund: der Minister der Vorverteidigung wünschte sich einen schnellen Abfangjäger, der zugleich in großen Höhen als Bomber notfalls auch bis an die russische Westgrenze vordringen und dabei als reale Abschreckungswaffe eine atomare Bombenlast ins Ziel befördern konnte. Die Amerikaner sagten ihm im Fall des Kaufs zu, den Starfighter im Kriegsfall im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ der BRD mit taktischen US-Atomsprenköpfen ausrüsten zu können. Mit Paris wäre das nicht zu machen gewesen, da sich die französische Regierung unter de Gaulle einem deutsch-französischen Atombündnis verwehrt hätte. Als dies nun vor nicht langer Zeit Staatspräsident Sarkozy Deutschland anbot, lehnten Merkel und Steinmeier ab. Der damalige Deal, bei dem auch reichlich Schmiergelder der Fa. Lockheed in deutsche Taschen geflossen sein sollen, war somit perfekt. Hinfort mussten sich die noch weitgehend unerfahrenen Bundeswehr-Piloten und Wartungstechniker plötzlich mit einer über Mach 2,2 schnellen Flugzeugrakete und ihren erheblichen unberechenbaren Störanfälligkeiten herumschlagen, denen sie sich trotz vermehrter Schulung nicht wirklich als gewachsen erwiesen. Bald mach-

te das böse Wort vom „Witwenmacher“ die Runde. Wieder war es das Magazin Der Spiegel, das in seiner Ausgabe 5/1966 in einem Leitartikel „Ein gewisses Flattern“ den Skandal trächtigen Zusammenhang aufgriff. Das chronisch von Pannen, Unfällen und Abstürzen heimgesuchte Jagdflugzeug hätte nie angeschafft werden dürfen. Selbst die USA setzten es in Vietnam nur zwei Jahre lang zwischen 1965 und 67 ein, dann kam das schnelle Aus. Außer seinem schnittigen Design in Silbermetallfarbe war an diesem Unglücksflieger so gut wie nichts, was ihn für den engen westdeutschen Luftraum mit seinen oft wechselnden Wetterverhältnissen prädestiniert hätte. Sogar die Hühner vergaßen zwei Tage lang das Eier legen, wenn Starfighter in Doppelformation im Tiefflug über Wälder, Täler und Dörfer in Ohren betäubendem Lärm hinweg donnerten als wäre der Krieg ausgebrochen. Von 916 bis 1991 im Dienst der Bundesluftwaffe befindlichen Maschinen waren bei Übungseinsätzen am Ende 269 abgestürzt. 118 Piloten verloren ohne jede reale Kampfhandlung dabei ihr Leben. Der massiv öffentlich unter Beschuss geratene CDU-Verteidigungsminister Kai Uwe von Hassel ging seinerseits in die Offensive und entließ den widersetzlichen Luftwaffeninspekteur und auch den Kommodore Erich „Bubi“ Hartmann vom Jagdgeschwader „Richthofen“, der sich wegen der lebensgefährlichen Starfighter-Mängel gegen seinen Minister gestellt hatte. Der menschlich sympathische doch stets eigenwillige Hartmann gehörte schon zu den mit Ritterkreuzen hoch dekorierten Fliegerassen der Nazi-Luftwaffe, für die er mehr als jeder andere Kampfpilot der Welt in Luftkämpfen 352 Abschüsse erzielt hatte.

Bundeswehr und Demokratie

Nach den beiden Skandalschüben binnen weniger Jahre rumorte es ordentlich in der Bundeswehr. Ein politisch gewolltes Selbstverständnis einer „dienenden Funktion“ sickerte nun allmählich auch in die nachrückenden jüngeren Offiziersreihen ein. Man konnte damals bei jüngeren Feldwebel-, Leutnant-

und Hauptmann-Rängen sogar vereinzelt auf Jungsozialisten und Jungdemokraten treffen. Aber sich als militärisch Verantwortliche dem „Primat der Politik“ zu unterstellen, etwa dem Verteidigungsstaatssekretär als Stellvertreter des Ministers, fiel dennoch vielen Älteren nach wie vor schwer. In der Bundeswehr kam es mit dem Wechsel zur sozialliberalen Koalition ab 1969 zu einem ersten größeren Reformschub im Sinne der Willy Brandt-Formel von „mehr Demokratie wagen“. Gefördert von Generälen wie U. de Maizière, Graf Kielmannsegg, W. Graf von Baudissin u. a., alle drei bereits ranghohe Offiziere in der Hitler-Wehrmacht, die sich z. T. im Dunstkreis des Attentatskomplotts des 20. Juli 1944 bewegt hatten, wurde das neue Prinzip der „Inneren Führung“ und des Soldaten als „Bürger in Uniform“ eingeführt. Nach rückblickenden kritischen Bekenntnissen von Offizieren der Koblenzer Führungsakademie (FüAk) erwiesen sich die „von oben“ verordneten Konzepte jedoch mehr oder weniger als Papiertiger und im Befehl-Gehorsam-Routinealltag der Armee nur schwer umsetzbar. Erst die antimilitaristische und neue Friedensbewegung spülte langsam einen etwas anderen Geist der Unruhe auch in die strammen Militärreihen. Dabei ist weniger an den nur von kurzer Lebensdauer begleiteten Lang-Haar-Erlaß zu denken als an in den 70er Jahren politisch sich betätigende Strömungen unter den Mannschaften wie dem der DKP nahe stehenden Arbeitskreis demokratischer Soldaten (ADS), den unabhängigen Antimilitaristischen Arbeitskreisen (AMAK) oder dem Soldaten- und Reservisten-Komitee (SRK) des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW). Sie traten vornehmlich für eine Verbesserung der materiellen Lage (Solderhöhung, Beschwerderecht, Vertretungsorgane wie Soldaten-Vertrauensleute) der Soldaten und das Recht auf gewerkschaftliche und politische Betätigung im aktiven Dienst ein und organisierten Beratung und Rechtshilfe bei „Dienstvergehen“ und Disziplinar Konflikten. Bekannt wurde etwa der Fall des wegen seiner politischen Aktivitäten im ADS 1974 unehrenhaft aus

der Bundeswehr entlassenen Jürgen Pomorin (Jg. 1953). Häufig nahmen an 1. Mai- und Friedensdemonstrationen in Gruppen auch Soldaten in Uniform teil, wohl wissend, damit gegen das Verbot politischer Betätigung in der Armee zu verstoßen.

Im September 1983, als diese ohnehin eher marginalen linken Gruppierungen längst verschwunden waren, gründeten 20 Unteroffiziere und Offiziere den Bundeswehr kritischen Arbeitskreis „Darmstädter Signal“ (Ak-DS). Diese um Personen wie Oberstleutnant Helmut Prieß (vormals Major, dann degradiert) und den Oberleutnant Jürgen Rose sich sammelnde Offiziers-Bewegung kritisierte in den 90er Jahren scharf die zunehmend offensivere Neuausrichtung der Bundeswehr (Auslandseinsätze), forderte demgegenüber die Selbstbeschränkung auf den vom Grundgesetz allein vorgegebenen rein defensiven Verteidigungsauftrag innerhalb der Landesgrenzen und wandte sich gegen rechte Einflüsse und Tendenzen in der Armee. Die „Signaler“, wie sie sich gerne selbst nennen, stellen die Bundeswehr nicht grundsätzlich in Frage, treten jedoch für deren Verkleinerung und Demokratisierung ein und wenden sich gegen einen Einsatz des Militärs im Innern. Sie sind für die Beteiligung an UNO-Blauhelmissionen, den Abbau aller Massenvernichtungswaffen, den Abzug der US-Atomsprengköpfe aus Büchel und Ramstein und einen Stopp der Rüstungsexporte. Als einziges kritisches Forum innerhalb der Bundeswehr ist das Darmstädter Signal bis heute aktiv.

(Ende Teil II, Stand: 1.9.15)

E. K., Bremen



Zwischen Willkommenskultur und Hassparolen

Einflüsse der Flüchtlingsbewegung auf die hiesige Klassenlage



Dublin-Verfahren syrischer Staatsangehöriger werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt von uns weitestgehend faktisch nicht weiter verfolgt“, ließ das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) am 25. August 2015 in den Medien verbreiten, natürlich auf Veranlassung der Bundesregierung. Im Klartext hieß das: Alle Flüchtlinge aus dem syrischen Bürgerkrieg dürfen ohne die übliche, durch EU-Verordnung vorgeschriebene Registrierung im ersten „Aufnahmeland“ nach Deutschland einreisen. Damit war das sogenannte Dublin-II-Abkommen, in dem die Verfahrensweise verbindlich vorgeschrieben wird, in einem wesentlichen Punkt suspendiert. Am 12. September kam bereits die Kehrtwende: Die Kontrollen im Grenzverkehr zu Österreich wurden – entgegen der Regelungen des Schengen-Vertrages – wieder aufgenommen, auch dies die vorübergehende Aufhebung eines europäischen Abkommens, die zuletzt im Juni 2015 im Zusammenhang mit dem G7-Gipfel auf Schloss Elmau geschehen war. Was treibt die Bundesregierung innerhalb weniger Wochen zu derartig drastischen Maßnahmen, wie schwerwiegend ist ihre Bedeutung und was folgt daraus für die Innen- und die Europapolitik?

Der Anlass ist zunächst eindeutig ein außenpolitischer. Die Fluchtbe-

wegungen über das Mittelmeer sowie über den Balkan hatten sich in den letzten Jahren verstärkt. Die Lebenslagen im syrischen Bürgerkrieg und auch in den Durchgangsländern Türkei und Griechenland wurden so unerträglich, dass immer mehr Menschen sich auf den Weg nach Europa, speziell Österreich, Deutschland und Schweden, machten. Im Sommer 2015 standen so viele vor der Außengrenze der EU in der westlichen Balkanregion, dass sie mit den bisherigen Methoden (Dublin II) nicht mehr reguliert werden konnten (s. w. u.). Diese Situation war nicht mehr beherrschbar, eine unmittelbare Verschärfung repressiver Maßnahmen (Grenzschießung, schärfere Polizeikontrollen bis hin zu Militäreinsatz, Errichtung von Lagern an den Außengrenzen) erschien der Bundesregierung nicht opportun. Deshalb war taktischer Rückzug angesagt, um später aus verbesserter Position wieder in die Offensive zu kommen.

Bis in den Sommer 2015 jedenfalls erschien die innenpolitische Lage in der BRD stabil, besonders wenn man sie mit dem Umfeld in der EU und außerhalb deren Grenzen vergleicht. Die Wirtschaftsdaten in Deutschland sind, oberflächlich betrachtet, in Ordnung, die Arbeitslosenzahlen vergleichsweise niedrig, die Mehrheit der Bevölkerung mit der Regierung und ihrer Politik zufrieden. Doch

andererseits gibt es den stabil hohen Anteil (ca. ein Fünftel) der Menschen, die mit Niedriglöhnen, prekären Arbeitsverhältnissen oder Kürzungen in den Sozialeinkommen zurecht kommen müssen, die Sparpolitik der öffentlichen Haushalte, die Ansprüche des deutschen Kapitals, das seine Positionen im Weltmarkt wahren und ausbauen will, und die Krisen in der EU und der weiteren Welt, die politisch und ökonomisch bedrohlich erscheinen. In diese Situation einer oberflächlichen Ruhe, in der sich unterschwellig die nächsten Krisen vorbereiten, trifft die Verschärfung der Flüchtlingskrise und bedroht die scheinbare Stabilität der bürgerlichen Ordnung, die bisherige Verteilung des Wohlstands in der BRD und die sozialpartnerschaftliche Regulierung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

Stimmungen in der Bevölkerung

Schlug man im August/September in Deutschland die bürgerliche Presse auf, hatte man den Eindruck, als stehe die deutsche Gesellschaft vor einer tiefgreifenden politischen Spaltung: auf der einen Seite die aus den frühen neunziger Jahren noch bekannten Hassparolen, Proteste, Anschläge etc., auf der anderen Seite eine neue „Willkommenskultur“. Zu der ersten äußerte sich ein Kommentator in der FR vom 29.8. wie folgt: „Warum jetzt Heidenau? Warum dort Krawall, Geschrei und Wut? Warum denn nicht! Was in Heidenau passiert, hätte überall in Sachsen passieren können. Es ist immer dasselbe Muster: Die NPD zündelt, es gibt Wutbürgerinitiativen gegen Flüchtlingsheime, die Stimmung machen, Angst verbreiten und hetzen, es gibt personelle Überschneidungen zwischen den Gruppen, und koordiniert wird die entstehende Hassbewegung über soziale Netzwerke - schon bricht es los. ... Was heute in Heidenau geschieht, hat ein deutlich breiteres Fundament (als

Anfang der neunziger Jahre, Anm. d. Red.). Und das hat mit PEGIDA zu tun. Der Hass, der sich lange Zeit fast nur im Internet austobte, ist von dort durch PEGIDA in die wirkliche Welt eingetreten. ... Eine Tür ist geöffnet worden, die nicht mehr zu schließen ist. PEGIDA hat in Sachsen einen gesellschaftlichen Bruch herbeigeführt, hat dem ‚Pack‘ Bewusstsein gegeben und Pöbeleien und Hetze die nötige Legitimation verschafft.“ Die Wut der Abgehängten zeigt sich insbesondere in Ostdeutschland, aber auch in strukturell geschädigten Teilen des Westens (Ruhrgebiet, besonders Dortmund).

Je mehr Flüchtlinge ankommen, desto nervöser und aktiver werden die Nazis. Hier zeigt sich, dass es nicht darauf ankommt, ob Nazis in Parlamenten sitzen (wie in Mecklenburg-Vorpommern) oder dort rausfliegen (wie zuletzt in Sachsen). Erfahrungsgemäß bleibt ein brauner Bodensatz, der immer dann an die Oberfläche drängt, wenn der materielle Wohlstand und die politische Stabilität gefährdet sind oder scheinen. Die angebliche Bedrohungssituation scheint mit den Zuwanderungen nun wieder präsent zu sein. Die Stimmung greift auf die sogenannten „besorgten Bürger“ über: „Ich bin nicht gegen Flüchtlinge, aber ... „. Es geht um diejenigen, die angeblich nur in unsere Sozialsysteme einwandern wollen. Die Überlegung, warum jemand eine lange, teure und gefährliche Reise auf sich nehmen soll, um Sozialleistungen für Flüchtlinge (143 € plus Sachleistungen) oder Hartz IV (Regelsatz: 399 €) abzugreifen, wird nicht angestellt. Arbeitsmarktkonkurrenz und Verdrängungseffekte sind in Teilen freilich Realität, das Kapital wäre nicht Kapital, wenn es sie nicht nutzen würde. Die Rechten haben solchen Zulauf, weil es diese Ängste und auch die Gründe dafür tatsächlich gibt. Eine gewerkschaftliche Tarif- und Arbeitsmarktpolitik, die sich an den Interessen des Kapitals orientiert, kann dem nicht genügend gegensteuern. Hier muss es eindeutige Stellungnahmen und Aktivitäten der Solidarität geben.

Auf der anderen Seite stehen in der bürgerlichen medialen Öffentlichkeit zentral die Berichte von Willkommenskultur, Hilfsbereitschaft,

Sachspenden. Dieses Spektrum reicht von karitativen Initiativen und Organisationen bis zu politischen Gruppen. Die in dieser Breite neue Haltung (verglichen mit Anfang der 90er, in denen der Stammtisch zu dominieren schien), ist zwar aus unserer Sicht nicht tragfähig, weist aber auf Veränderungen in der deutschen Gesellschaft bzgl. des Verständnisses von Wirtschaft, Staat, Nation in bürgerlichen Grenzen hin. In Politik und Medien hören wir -im Vergleich zu Anfang der neunziger Jahre- neuartige Töne: Welcome to Refugees, Willkommenskultur, Appelle an den bürgerlichen Anstand, moralisierend angereichert mit Erinnerungen an Flucht, Vertreibung, Migration im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg oder die Arbeitsmigration in den wirtschaftlichen Aufstiegsjahren der BRD. Das soll eben ein Bild von einem Deutschland vermitteln, das geschichtliche Lehren gezogen hat und ein verlässlicher Partner der „internationalen Gemeinschaft“ ist.

Die Zuwanderungsdebatte wird heute gesamtgesellschaftlich entspannter geführt als in den neunziger Jahren (Asylrechtsverschärfung) und zu Anfang der 2000er Jahre (Süßmuth-Kommission). Dazu mögen beigetragen haben die Diskussionen der vergangenen Jahrzehnte, dass wegen des vermeintlichen „demographischen Faktors“ (mit dem Sozialabbau, z. B. bei den Renten, begründet wird) und des Fachkräftemangels (wann gab es den eigentlich nicht?) ein Zuzug von Arbeitskräften aus dem Ausland prinzipiell notwendig sei. Der traditionelle Blut- und Abstammungsnationalismus ist in der Mehrheitsgesellschaft auf dem Rückzug und wird durch einen Wohlstands- und Verfassungspatriotismus abgelöst. Kulturelle „Abweichungen“ werden toleriert, „der Islam gehört zu Deutschland“ (ehemaliger Bundespräsident Wulff). Wirtschaftsfunktionäre äußern sich positiv, es kommen aber auch die vorsichtigeren und sachbezogenen Kommentare, die sich auf Datenerhebungen beziehen, in denen die vorhandenen Qualifikationen der Flüchtlinge und ihre Übertragbarkeit in hiesige Arbeitsverhältnisse genauer aufgeschlüsselt werden. So etwa verläuft die Nützlichkeitsdebatte, d. h. die Scheidung derjenigen, die wir

brauchen können, von denen, die angeblich nur in unsere Sozialsysteme einwandern wollen.

Die Kombination von Willkommenskultur und Nützlichkeitsdebatte, die wir aktuell feststellen, ist die Widerspiegelung davon, dass unter den kapitalistischen Bedingungen, in denen wir leben, neu hinzukommende Menschen als Arbeitskräfte angesehen und bewertet werden. Für das Kapital sind es verfügbare Produktionsmittel, die entsprechend zugerichtet werden müssen (z. B. Forderung von Kapitalvertretern, diese Arbeitskräfte zu qualifizieren, gleichzeitig aber auch, für sie den Mindestlohn auszusetzen). Die Masse von ihnen, soweit sie hier bleiben, wird proletarisiert werden. Welche Aufnahme sie dann in Betrieben und Gewerkschaften finden, ob sie als Kollegen und potenzielle Mitstreiter in Arbeitskämpfen willkommen sind oder als Konkurrenz um Arbeitsplätze gelten, hängt von ökonomischen



Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Einzelexemplar: 3,50 EUR

Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)

Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)

www.antifainfoblatt.de

mail@antifainfoblatt.de

facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt

twitter.com/AntifalInfoBlatt

Kostenloses Probeexemplar

Rahmenbedingungen, vor allem aber vom Stand des Klassenbewusstseins auf beiden Seiten und den konkreten Bemühungen um gewerkschaftliche Organisierung und politische Orientierung ab.

Die gesellschaftliche Stimmung kann durch das Schüren von Ängsten, erst recht bei Verschlechterung der konjunkturellen Rahmenbedingungen, reaktionär umschlagen. Sieht man sich die Veränderungen in den Umfragen an, dazu die politischen Vorgänge auf Berliner Regierungs- und Brüsseler EU-Ebene und die um sich greifenden Grenzsicherungen nicht nur in Südosteuropa, so scheint dieser Umschlagpunkt nicht mehr fern zu liegen, oder wir befinden uns bereits darin.

Die Interessen der Unternehmer

Die Interessen der Unternehmer finden sich repräsentativ ausgedrückt im Herbstgutachten von vier führenden Wirtschaftsinstituten (DIW Berlin, ifo München, IWH Halle, RWI Essen), das im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums erstellt wird. Ihre vorangestellte Zusammenfassung lautet: „Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem verhaltenen Aufschwung; das Bruttoinlandsprodukt wird in diesem und im kommenden Jahr um jeweils 1,8 Prozent steigen. Getragen wird die Expansion vom privaten Konsum. Die Investitionen beleben sich allmählich. Angesichts der mäßigen Expansion der Weltwirtschaft dürften die Exporte hingegen nur leicht steigen, zumal die belebende Wirkung der Euro-Abwertung allmählich nachlässt. Die Beschäftigung wird wieder rascher ausgeweitet. Dennoch dürfte die Arbeitslosigkeit im Verlauf des kommenden Jahres leicht steigen, weil die derzeit große Zahl von Asylsuchenden nach und nach am Arbeitsmarkt ankommt. Für die öffentlichen Haushalte in Deutschland zeichnet sich für das kommende Jahr ein Überschuss von 13 Milliarden Euro ab. Dieser dürfte damit deutlich geringer sein als der für 2015 erwartete Überschuss in Höhe von rund 23 Milliarden Euro - nicht zuletzt aufgrund zusätzlicher Ausgaben für die Bewältigung der Flüchtlingsmigration.“

Doch die Zuwanderung der Flüchtlinge könnte einiges verändern. Die Institute schreiben: „In der politischen Diskussion in Deutschland steht derzeit die Bewältigung der Flüchtlingsmigration im Vordergrund. Wie bereits die europäische Schulden- und Vertrauenskrise zeigt auch die aktuelle Flüchtlingskrise, dass auf europäischer Ebene in Krisensituationen die nationale Lastenverteilung im Vordergrund steht und nicht die sachorientierte Problemlösung. Auf Dauer ist die derzeitige Konzentration der Flüchtlinge auf wenige EU-Mitgliedsländer nicht durchzuhalten. Daher sind europäische Standards bezüglich der Asylgewährung und der Leistungen an Asylsuchende erforderlich. Für die lange Frist sollte erwogen werden, die Kompetenz für die Durchführung von Asylverfahren auf die europäische Ebene zu übertragen.“

In der öffentlichen Diskussion ver schwimmt mitunter die Unterscheidung zwischen der Reaktion auf die Fluchtmigration und einer langfristigen orientierten Einwanderungspolitik, die primär an wirtschaftlichen Interessen der Zielländer ausgerichtet ist. Die fluchtbedingte Migration ist kein Ersatz für eine vernünftige Zuwanderungspolitik. Sie ist allerdings durchaus mit Chancen für die Zielländer verbunden. Um diese zu nutzen, ist auch im Interesse der Flüchtlinge die Integration in den deutschen Arbeitsmarkt der wichtigste Hebel.“

Die zentralen Forderungen sind also: Europäisierung der Asylpolitik, Integration des als Arbeitskräfte nutzbaren Teils der Flüchtlinge und Beendigung des planlosen Zustandes durch Etablierung einer „vernünftigen Zuwanderungspolitik“, am besten durch ein umfassendes Einwanderungsgesetz. Auf den Seiten 60 bis 62 des Herbstgutachtens folgen detaillierte Vorschläge, wie diese Vorgaben umzusetzen seien. Das fängt natürlich bei Sprachkursen an. Dringend erforderlich sei aber auch Weiterbildung, „da die im Heimatland erworbenen Kenntnisse vielfach den in Deutschland gestellten Anforderungen nicht genügen dürften“. Ein Schritt in die richtige Richtung sei, dass das früher neunmonatige Arbeitsverbot für Asylsuchende inzwischen auf drei Monate verkürzt sei. Es solle ganz abgeschafft

werden, ebenso die vorgeschriebene „Vorrangprüfung“, bei der der Arbeitgeber nachzuweisen habe, „dass für den Arbeitsplatz kein Einwohner Deutschlands oder ein anderer EU-Bürger in Frage“ komme.

Diesen nach Gleichstellung klingenden Forderungen können wir natürlich grundsätzlich zustimmen. Für uns verlaufen die Grenzen nicht zwischen Nationen, sondern zwischen den Klassen der Kapitalisten und der Arbeitenden, Ausgebeuteten und Ausgegrenzten. Aber das Angebot ist vergiftet. Die Kapitalisten wollen die Lohnabhängigen, gleich welcher Nationalität, in die Konkurrenz untereinander treiben. Ziel ist die Unterbietung von Standards bei Tariflöhnen und Arbeitsbedingungen. Ganz klar wird das in der „Empfehlung“, den Mindestlohn für Flüchtlinge auszusetzen, weil dieser „Flüchtlingen wie anderen gering qualifizierten Arbeitnehmern den Einstieg in den Arbeitsmarkt zusätzlich erschwere“. Unsere Antwort darauf kann nur die grundsätzliche und konkrete Solidarität im Kampf um gemeinsame bessere Standards sein. Der Mindestlohn, die Tariflöhne und die gesetzlichen und tariflichen Arbeitsbedingungen gelten für alle, und nur in diese Richtung kann Solidarität gehen.

Wer trägt die Kosten der Integration?

Im Übrigen sind die Institute im Gutachten der Meinung, dass Deutschland die Aufgabe leisten kann: „Aus gesamtstaatlicher Sicht sind derzeit strukturelle Überschüsse vorhanden, um die finanziellen Lasten der Flüchtlingsmigration zu stemmen; ein niedrigerer Finanzierungssaldo der öffentlichen Hand ist aus Sicht der Institute zu akzeptieren. Es ist vor diesem Hintergrund nicht erforderlich -wenngleich zu befürchten-, dass die jetzt notwendig werden den Ausgaben zulasten anderer Elemente einer wachstumsorientierten Politik gehen.“ Für diejenigen Branchen und Unternehmen, die an der Bereitstellung von Infrastruktur und Sozialeinrichtungen beteiligt sind, ist dies schon ein kleines Konjunkturprogramm. Es seien überdies „Wachstumspotenziale zu heben“. Für uns gibt es genügend Gründe, diesen

Worten nicht zu trauen. Zwar scheint die Bundesregierung derzeit die Erhöhung der Mehrwertsteuer noch abzulehnen, aber nichts auf der Welt garantiert uns, dass das so bleibt. Für uns ist umgekehrt zu fordern, dass Unternehmen und große Vermögen durch eine entsprechend ausgestaltete Steuergesetzgebung für die Finanzierung der Integrationskosten (und selbstverständlich andere gesellschaftlich wichtige Ziele) herangezogen werden (z. B. Wiedereinführung der Vermögensteuer, echte Besteuerung großer Erbschaften, Besteuerung des Handels mit sogenannten Finanzprodukten, Wiederanhebung des Spitzensteuersatzes von derzeit 42 % auf den bis 1989 geltenden Satz von 56 %, ebenso des Satzes der Körperschaftssteuer von gegenwärtig 15 % auf 56 % etc.). Dies entspräche immerhin einem Niveau der Lastenverteilung bei der Besteuerung in der Bundesrepublik vor der sogenannten Wiedervereinigung. Diese Entwicklung (der man noch die periodischen Erhöhungen der Mehrwertsteuer und die Sozialabbaumaßnahmen bei den gesetzlichen Sozialversicherungen u. v. m. anfügen könnte) macht beispielhaft deutlich, was der Imperialismus der herrschenden Klasse auch in den großen westlichen Industrieländern selbst die Arbeiterklasse kostet.

Probleme der Flüchtlinge in der Integration

Die grundlegenden ökonomischen Bedingungen sind gegenwärtig ganz andere als zum Beispiel Anfang der 90er Jahre. Damals herrschte Krise, es galten sogenannte „Vermittlungshemmnisse“ auf dem Arbeitsmarkt (noch vor den Hartz-Gesetzen der späteren Schröder-Zeit), während zugleich viele Menschen aus den neuen Bundesländern, sogenannte Spätaussiedler aus Osteuropa und Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem vormaligen Jugoslawien Arbeit suchten. In einem aufgeheizten Klima wurde das Asylrecht durch Installierung entscheidender Ausnahmeregelungen (Drittstaatenregel, sichere Herkunftsländer) nahezu abgeschafft.

Heutzutage scheint hingegen überhaupt kein Weg daran vorbei zu gehen, dass Deutschland endlich auch offiziell zum Einwandererland

erklärt wird. Die demografische Entwicklung lässt angeblich den Stamm der Beschäftigten zu klein werden, um einen Produktionsapparat am Leben zu erhalten, der dieses Land zu einem der wohlhabendsten in der Welt gemacht hat. Dass diese Schrumpfung, wenn sie denn so käme, von der Produktivkraftentwicklung der Arbeit zumindest teilweise ausgeglichen wird, interessiert die Propagandisten des „Demografischen Faktors“ freilich nicht (mit diesem Konstrukt wurde ja Sozialabbau vor allem in der Rentenversicherung begründet). Schon in 15 Jahren soll es etwa sechs Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter zu wenig geben. Vor diesem Hintergrund erklärt BDI-Chef Ulrich Grillo: „Wir sind bereit, allen Asylsuchenden mit berechtigten Chancen auf ein Bleiberecht den raschen und zeitlich gesicherten Zugang zu Bildung und Arbeitsplätzen zu ermöglichen“. Und der Boss von Daimler, Jürgen Zetsche, sieht im Flüchtlings-Zustrom sogar die „Grundlage für das nächste deutsche Wirtschaftswunder“.

Aber es kommen auch die vorsichtigeren Kommentare, die sich auf Datenerhebungen beziehen, in denen die vorhandenen Qualifikationen der Flüchtlinge und ihre Übertragbarkeit in hiesige Arbeitsverhältnisse genauer aufgeschlüsselt werden. Nicht einmal jeder zehnte, so eine Zusammenfassung von Arbeitsministerin Nahles, verfüge über die nötigen Sprachkenntnisse und beruflichen Qualifikationen, um „sofort“ einen Arbeitsplatz zu finden. Mehr als die Hälfte habe keinen Berufsabschluss, nur 15 - 25 % einen Hochschulabschluss. Bei den Syrern speziell soll ein Viertel studiert haben. Noch mal etwa 25 % besuchten ein Gymnasium. Nur 17 % der Neuankömmlinge sollen demnach nicht mehr als eine Grundschulbildung haben. Wesentliche Teile des hiesigen Unternehmer-Lagers schienen anfangs überzeugt zu sein, dass aus Syrien vergleichsweise viele qualifizierte Flüchtlinge kämen. Wenn sie nicht von vornherein gut ausgebildet seien, dann seien sie doch zumindest jung, also formbar. Tatsächlich sind rund drei Viertel der syrischen Flüchtlinge unter 35 Jahre alt. Sie scheinen also tatkräftiger und besser qualifizierbar zu sein als beispielsweise ein hiesi-

ger 50jähriger, der schon die Rente im Auge hat.

Auch wenn Flüchtlinge mit guten Qualifikationen aus ihren Herkunftsländern hierher kommen, heißt das natürlich nicht, dass sie auf diesem Niveau auch Arbeit bekommen. Sie müssen viele bürokratische und kulturelle (Sprache!) Hürden überwinden und sind dann auch noch mit der Vorrangprüfung konfrontiert. So muss der Arzt/die Ärztin also häufig mit der Tätigkeit als Krankenpfleger/-schwester vorlieb nehmen. Wie viele neu ankommende ArbeitsmigrantInnen vergangener Jahrzehnte kommen sie häufig nur an die Jobs, die sowieso kein Deutscher mehr haben will: Erntehelfer, Angelernter in der Gastronomie, Hilfsarbeiter bei der Müllabfuhr. Und wenn es sich doch um qualifizierte Jobs handelt, werden sie nicht selten zumindest auf einem Tarifniveau unter dem eines vergleichbaren deutschen Kollegen eingeordnet. Flüchtlinge sind daher erpressbar und eher bereit, sich mit schlechter Entlohnung abzufinden. Auch weil sie sich eine neue Existenz aufbauen müssen, akzeptieren sie fast jeden Job. Schließlich können sie auch das Lohn-Niveau hierzulande nicht korrekt einschätzen - dafür freilich gibt es Gewerkschaften, die hier weiterhelfen müssen.

Für denjenigen Teil der hiesigen Arbeiterschaft, der auf Jobs in einfachen Tätigkeiten absolut angewiesen ist, dürfte es natürlich dementsprechend problematisch werden, wenn neue Kräfte ankommen. Wenn inzwischen das Risiko von Erwerbslosigkeit, Niedriglohn und Armut nicht mehr allein ab Hauptschul-, sondern schon ab Realschulabschluss beginnt, könnte es in diesem Bereich düster aussehen. Für alle aber, egal ob höher qualifiziert oder nicht, droht eine Konkurrenzsituation mit den Neuankömmlingen, die nur zu verstehen und bekämpfen ist, wenn beide Seiten - Flüchtlinge und bereits hier arbeitende Lohnabhängige - diese Probleme als Konsequenz ihrer Klassenlage im Kapitalismus erkennen. Daran müssen wir arbeiten, nicht zuletzt, um zu verhindern, dass Rechtspopulisten aus PEGIDA, AfD, Naziorganisationen usw. die Sumpflüten ihrer Agitation daraus ziehen.

Wie ist die Fluchtbewegung politisch einzuschätzen?

Flüchtlinge wie andere Migranten kommen aus fast allen Schichten ihrer Herkunftsländer und mit fast allen beruflichen Qualifikationen von dort. Sie kommen aus vielfältigen Motiven: Flucht vor politischer und/oder rassistischer Verfolgung, vor Bürgerkrieg, wegen Suche nach besseren Verdienstmöglichkeiten, oder es sind schlicht und einfach Armutsflüchtlinge (letztere dürften allerdings in der Regel wegen der hohen Kosten gar nicht in der Lage sein, weit zu reisen). Politisch dürfte alles dabei sein: von Linken über bürgerliche Regimegegner bis hin zu Antikommunisten, was konkrete Solidaritäts- und Unterstützungsarbeit im nicht rein humanitären, sondern im politischen Sinne nicht einfach macht. Dennoch müssen wir uns dazu verhalten und eine Einschätzung gewinnen, die uns in konkreten Fällen hilft.

Die Vorstellung von nur passiv flüchtenden Massen ist realitätsfern. Um es konkret verständlich machen zu können, konzentrieren wir uns hier auf den syrischen Teil der Bewegung. Sieht man die Bilder von teilweise planvollem Vorgehen in Auseinandersetzungen an den Grenzposten (in Mazedonien, Ungarn oder Kroatien), so kann man den Eindruck gewinnen, dass viele Flüchtlinge aus dem syrischen Bürgerkrieg ihre Erfahrungen aus der syrischen „Arabelion“ des Jahres 2011 quasi im Gepäck haben und politische Kampfformen wie Demonstrationen, Überwindung von Grenzzäunen, Täuschung von gegen sie eingesetzten Polizeikräften etc. anzuwenden wissen.

Eine Analyse aus dem syrischen Bürgerkrieg macht das deutlich: „Die zumeist jungen Menschen, die im Jahr 2011 die Demonstrationen gegen das Regime anführten, hatten mit der alten Opposition kaum etwas zu tun, weder mit der linken noch mit den Islamisten. Von der öffentlichen Wahrnehmung fast unbemerkt, war seit Beginn des Jahrtausends in der arabischen Welt eine neue Generation erwachsen geworden, die die Welt mit anderen Augen sah als ihre Eltern. Diese Generation war nicht mehr bereit, sich für eine dysfunktionale Entwicklungsdiktatur und einen verlogenen Nationalismus bzw. Antiim-

perialismus heuchlerischen Regimen unterzuordnen. ... Sie waren viele und gut ausgebildet. Die heute 15- bis 35-jährigen sind besonders geburtenstarke Jahrgänge - 70 % der Syrer sind unter 35. Analphabetismus gibt es in dieser Generation zumindest in den Städten kaum noch, der Anteil der Hochschulabsolventen und -absolventinnen ist hoch. Das hat ökonomische Auswirkungen. Es gibt nicht genug qualifizierte Arbeitsplätze. Seit seinem Amtsantritt im Jahr 2000 hatte Baschar al-Assad zudem neoliberale Reformen in Angriff genommen. ... Aber den Demonstrantinnen und Demonstranten ging es nur am Rande um soziale Themen. Ihre Hauptforderungen waren Meinungsfreiheit, Würde und Demokratie. ... Sie wollen wie Menschen behandelt und nicht von Polizisten geschlagen oder ins Gesicht gespuckt werden.“

Wir können und müssen davon ausgehen, dass ein großer Teil der Flüchtlinge diese Erfahrungen mitnimmt. Die Fluchtbewegung als vereinheitlichendes politisches Subjekt gibt es nicht, aber sie enthält Potenziale. Diese werden sich in dem Maße zeigen, in dem Konflikte bei der Integration ausgetragen werden, und dann, wenn die nun hier angekommenen und proletarisierten Flüchtlinge als Teile der Klasse der Lohnabhängigen ihre Forderungen stellen und an den hiesigen Auseinandersetzungen teilnehmen.

Die soziale Frage in neuem Licht

Pläne, Verabredungen auf Regierungsebene und bereits beschlossene Gesetze halten düstere Aussichten für die Flüchtlinge und für die Mehrheit der Lohnabhängigen bereit. Sie führen zu den beschriebenen gespaltenen Stimmungslagen: Die einen erkennen die Not der Menschen und wollen helfen; andere dagegen fürchten, dass die bereitzustellenden Mittel nicht ausreichen und am Ende der ansässigen Wohnbevölkerung vieles gekürzt wird, was Arbeitsplätze, Erwerbseinkommen, Sozialleistungen und kommunale Dienstleistungen wie Schulen, Kitas, Schwimmbäder, Bibliotheken etc. angeht. Angst, Vorurteile und Konkurrenzneid kommen hoch. Dem muss gegengehalten werden: Der Kampf ist ein gemeinsamer.

Die Integration der Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, ist in einem reichen Land wie Deutschland selbst nach Ansicht bürgerlicher Ökonomen (s. Herbstgutachten) leistbar; sie ist eine Frage des gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisses. Deshalb schließen wir uns Forderungen an, wie sie z. B. zum Ausdruck kommen in einem Papier der Bremer Gewerkschaften vom 23. September 2015, aus dem wir Auszüge bringen:

„1. Legale und sichere Fluchtwege schaffen: Oberstes Gebot muss sein, dass Schutzsuchende nicht mehr auf ihrem Weg nach Europa ihr Leben riskieren müssen. Es führt daher kein Weg daran vorbei, legale Zugänge nach Europa zu schaffen. Hierfür müssen die Flüchtlinge ab sofort die Möglichkeit erhalten, die übers Mittelmeer pendelnden Fähren zu nutzen ...

2. Freizügigkeit statt starrer Quoten: ... Flüchtlinge (sollten) dorthin gehen können, wo sie sich sicher fühlen oder wo bereits Verwandte oder Freunde leben. Länder, die hierdurch weniger Flüchtlinge aufnehmen, als es ihrer Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft entsprechen würde, sollten deshalb für die zusätzlichen Kosten jener Länder aufkommen, die überproportional viele Flüchtlinge aufnehmen. ...

3. Gleiche Rechte für Geflüchtete: Menschenrechte sind nicht teilbar! In diesem Sinne stehen Schutzsuchenden die gleichen Rechte zu wie der bereits ansässigen Wohnbevölkerung. Die jüngst durch die große Koalition in Berlin beschlossenen Gesetzesverschärfungen wie eine auf 6 Monate verlängerte Verweildauer in den Erstunterkünften oder die Wiedereinführung der Residenzpflicht (Verpflichtung der noch nicht anerkannten Asylbewerber, sich in dem ihnen zugewiesenen Landkreis aufzuhalten, Anm. de. Red.) bzw. des Sachleistungsprinzips sind daher als menschenrechtswidrig abzulehnen. ...

4. Zugänge zu Ausbildung und Arbeit schaffen: Flüchtlinge brauchen Ausbildung und Arbeit. ... Zudem bedarf es eines Zugangs zu arbeitsmarktpolitischen Förderinstrumenten sowie zu berufsbezogenem Sprachunterricht. Flüchtlinge brauchen bei der Anerkennung ihrer

Berufs- und Bildungsabschlüsse Unterstützung. Bei der Ausbildung sollte von Anfang an ein gesicherter Aufenthalt für die gesamte Ausbildungszeit gewährleistet sein.

...

7. Sozialen Wohnungsbau und Recht auf Bildung umsetzen: Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für alle, die darauf angewiesen sind, erfordert ein Sofortprogramm. Der bevorstehende Winter erfordert ein schnelles und unbürokratisches Handeln. ... Die Aussetzung der Schulpflicht ist keine Lösung! Stattdessen brauchen Schulen und Kitas sofort verfügbare zusätzliche Mittel, damit sie diese Aufgabe bewältigen können.“

Jegliche Diskriminierung am Arbeitsplatz ist abzulehnen und zu bekämpfen, z. B. Arbeitsverbot für Asylsuchende, Vorrangprüfung bei der Einstellung von Arbeitskräften, Eingruppierung unter dem tatsächlichen Wert der Ausbildung, untertarifliche Bezahlung, Verweigerung des Mindestlohns. Das alles gehört abgeschafft bzw. verhindert.

Hinzu kommt die Forderung nach Finanzierung der Integrationskosten durch eine angemessene Besteuerung der Unternehmen und großen Vermögen, wie wir sie in dem Abschnitt „Wer trägt die Kosten der Integration?“ angedeutet haben: Wiedereinführung der Vermögensteuer, echte Besteuerung großer Erbschaften, Besteuerung des Handels mit sogenannten Finanzprodukten, Wiederanhebung des Spitzensteuersatzes von derzeit 42 % auf den bis 1989 geltenden Satz von 56 %, ebenso des Satzes der Körperschaftssteuer von gegenwärtig 15 % auf 56 % etc. Ansonsten droht etwa die Erhöhung der Mehrwertsteuer, also die Abwälzung der Lasten auf die Mehrheit der Lohnabhängigen.

Für die Gewerkschaften stellt sich die Aufgabe der Organisierung der Ankommenden. Egal, welchen Status die Flüchtlinge in ihren Herkunftsländern hatten: Arbeiter, Angestellte oder aber Freiberufler, kleine Selbständige oder größere Unternehmer - wenn sie hierherkommen, um Arbeit zu suchen, sind sie Lohnabhängige. Ihnen stehen die gleichen Rechte zu. Die Flüchtlinge, soweit sie als Lohnabhängige hierher kommen und hier leben und arbeiten werden,

dürfen nicht als Opfer kapitalistischer Lohndumpingstrategien allein gelassen werden. Die Folgen wären für uns alle spürbar, nicht zuletzt in neuen Angriffen auf unsere Arbeits- und Sozialrechte und im Auftrieb rechtspopulistischer Tendenzen. Unsere Aufgabe ist es, auf diese Zusammenhänge hinzuweisen und, wo immer möglich, auf praktische Konsequenzen zu drängen.

Hierbei wird in Unterstützerkreisen, Gewerkschaften und Initiativen der sozialen Bewegungen zu Recht betont, dass soziale Forderungen wie diese auch für die hiesige Bevölkerung gelten, soweit sie auf öffentliche Daseinsvorsorge angewiesen ist, und dass sie selbstverständlich schon lange vor der jetzigen Steigerung der Zuwanderung durch Flüchtlinge erhoben wurden. Jetzt kommt eben eine quantitative Ausweitung hinzu. Es kann nicht hingenommen werden, dass durch bewusste oder fahrlässige Denunzierung dieser Forderungen versucht wird, „zur Stimmungsmache gegen die aus Kriegsgebieten zuwandernden Menschen beizutragen“ (aus einer Presseerklärung des „Runden Tisches für menschenwürdiges und bezahlbares Wohnen“ in Hanau vom 16. Oktober). Dies würde eben uns selbst auf die Füße fallen durch Stärkung rechtspopulistischer Tendenzen. Unsere Aufgabe dagegen ist der gemeinsame Kampf um soziale Fragen. So gesehen, hat die Integration der Flüchtlinge auch das Potenzial, zu einem Aufschwung von Klassenkämpfen und sozialen Auseinandersetzungen beizutragen, wenn es gelingt, die Frage der Solidarität richtig zu lösen.

15.10.2015



Aus Arbeiterpolitik 5+6/2015
Kontakt: GFSA e.V.,
Postfach 106426,
D-20043 Hamburg
arpo.berlin@gmx.de
www.arbeiterpolitik.de

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 189 Herbst 2015, 36 S.

- Griechenland vor einem neuen „Hilfspaket“
- 70 Jahre atomare Bedrohung, Teil I
- Wie der Kommunismus nach China kam, Teil I
- Das Handelskapital der Hansestädte auf Raubzügen im Osten
- Parlamentswahlen in Dänemark
- Rezensionen

Nr. 188 Sommer 2015, 44 S.

- G7 - Ein Gipfel demontiert sich
- Rußland heute - Der Linken Freund oder Feind?
- Bericht von unserem Wochenendseminar in München
- Die Lage in Griechenland
- USA-Kuba-Venezuela
- Bremen hat gewählt - zur Hälfte
- Hartz IV: Die wahren sozialen Folgen
- Generelle „Unzufriedenheit mit der Politik“: PEGIDA

Nr. 187 Frühjahr 2015, 44 S.

- PEGIDA in Dresden
- Thüringer LINKE-Regierung, Konkretes und Grundsätzliches
- TTIP - Freihandelsabkommen zwischen EU und USA
- Schwarz-rotes Streikverbot
- 70 Jahre Befreiung des KZ Auschwitz
- Vom Bau der Atombombe zum „Regime nuklearer Weltordnung“
- Chile: Ein Jahr Regierung Bachelet
- Genosse Udo Winkel verstorben

Nr. 186 Winter 2014, 32 S.

- Portugal im revolutionären Aufbruch, Teil II
- Wahlen in Sachsen-Thüringen-Brandenburg
- Islamischer Fundamentalismus, Islamischer Staat und der Westen
- Viktor Agartz
- Lebenszeugnis und Plädoyer eines Wehrmachtsdeserteurs
- Karl Wastl - aktiver Gewerkschafter und Antifaschist

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

Literaturliste

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten, 14,00 €
Die Bremer Linksradiakalen	66 Seiten, 2,00 €
Register der „Arbeiterstimme“ 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989	je 1,00 €
Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk)	Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Theodor Bergmann: Gegen den Strom , Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe)	624 Seiten, 20,00 €
Jens Becker: Heinrich Brandler – Eine politische Biographie	510 Seiten, 20,00 €
Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)	1931, 75 Seiten, 3,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
Volksfrontpolitik , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
Fluchtpunkte , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
Die Potsdamer Beschlüsse , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
Weißer Flecken , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 3,00 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer)	1928, 54 Seiten, 2,00 €
Der Weg der Gewerkschaften , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
Ostblock - Westblock , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
Der Faschismus in Deutschland , Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg oder redaktion@arbeiterstimme.org

Der spanische Bürgerkrieg



240 Seiten, Paperback,

€ 12,-

ISBN 3-00-010296-5

Herausgegeben
von der *Gruppe Arbeiterstimme*

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



510 Seiten, Paperback,

€ 20,-

ISBN 3-87975-767-4

Faschismus in Deutschland

Analysen und Berichte der KPD-
Opposition 1928 bis 1933 (aus
„Gegen den Strom“). Herausgegeben
und eingeleitet von der Gruppe
Arbeiterpolitik, Frankfurt/M.

2. erweiterte Auflage 1981 mit
zwei neuen Kapiteln, 296 Seiten,
Klebebindung. 8,- €

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme.org



624 Seiten, Paperback,

€ 20,-

ISBN 3-87975-836-0

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder:

redaktion@arbeiterstimme.org